Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 2.—8. Dez 0,80 Goldmark. Einzelverkaufspreis: 15 Gold-Pfennige oder 150 Milliarden Papiermark.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärtige 25 Gold-Pfg., Versamml.-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige. Reklamen 80 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstell 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 277. Dienstag, 4. Dezember 1923. 30. Jahrgang.

Ein neues Ermächtigungsgesetz?

Das neue Reichskabinett hat am Sonntag beschlossen, folgende Vorlage einzubringen:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig.

Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag dies in zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

*

Reichstagsneuwahlen im Januar?

Die neue Reichsregierung macht sich das Leben selbst bitter schwer. Ehe sie überhaupt von ihrem Programm Kenntnis gegeben hat und das nach Art. 54 der Verfassung notwendige Vertrauen des Parlaments besitzt, fordert sie vom Reichstag ein Ermächtigungsgesetz. Nach der Reichsverfassung ist zur Annahme eines derartigen Gesetzes eine qualifizierte Mehrheit notwendig. Die Regierung vertrat anfangs zwar die entgegengesetzte Auffassung, hat sich inzwischen aber ebenfalls dazu bekannt, daß Gesetze, die Souveränitätsrechte des Reichstages an eine Regierung übertragen, als verfassungsändernd zu betrachten sind und deshalb ohne die notwendige qualifizierte Mehrheit nicht verabschiedet werden können. Diese Auffassung ist von der Sozialdemokratie aus guten Gründen bereits vertreten worden, als das zweite Kabinett Stresemann vor wenigen Monaten vom Reichstag ebenfalls weitgehende Ermächtigungen forderte. Angenommen z. B. der Reichstag erteilt einer Regierung mit einfacher Mehrheit Ermächtigungen, auf Grund deren dann Steuerverordnungen erlassen werden. Jedes Gericht kann an Hand der Reichsverfassung den Nachweis führen, daß die Ermächtigung verfassungswidrig ist und das gleiche deshalb auch für die Steuern gilt. In der Praxis würde das dazu führen, daß die Steuerzahler die Zahlungen an den Staat ungehindert verweigern, mit dem Ermächtigungsgesetz also das Gegenteil seines Zweckes erreicht würde.

Das Leichtfertige an der Handlungsweise der Regierung ist nun, daß sie ein Ermächtigungsgesetz fordert, ohne sich überhaupt darüber Kopfschmerzen zu machen, mit welchen Mehrheiten es angenommen wird. Das Kabinett Marx ist bekanntlich ein Minderheitskabinett, dessen Lebensfähigkeit nur durch die Toleranz bezw. Unterstützung der Deutschnationalen oder Sozialdemokraten gegeben ist. Aber selbst wenn die Deutschnationalen dem Ermächtigungsgesetz ihre Zustimmung geben würden, wäre die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden, solange ihm nicht auch die Sozialdemokratie zustimmt. Sie umfaßt im Reichstag bekanntlich allein mehr als ein Drittel aller Sitze und ist dadurch in der Lage, die Verabschiedung jedes verfassungsändernden Gesetzes unmöglich zu machen.

Aber das alles hat Herr Marx bei seinen bisherigen Dispositionen als Reichskanzler außer Acht gelassen. Er bildete das Kabinett, ohne die Proteste der Sozialdemokratie zu berücksichtigen und bestellte Männer zu Ministern, die innerhalb der Arbeiterschaft auf stärkstes Mißtrauen stoßen. Jetzt denkt er auch noch nicht einmal daran, die Aufhebung des Belagerungszustandes zu veranlassen oder gar verfassungsmäßige Zustände in Bayern wiederherzustellen. Herr Marx beabsichtigt also, beruhigt den Kurs weiter zu steuern, der Stresemann das Reichskanzleramt kostete. Er scheint tatsächlich den Sinn der letzten Kabinettskrise bis heute nicht verstanden zu haben, denn sonst würde er von der Einbildung geheilt sein, daß die Sozialdemokratie ihm für einen Kurs, durch den sich sein Vorgänger unser Mißtrauen erzwang, plötzlich ein Uebermaß von Vertrauen entgegenbringen und zur Annahme des Ermächtigungsgesetzes verhelfen würde, das noch nicht einmal inhaltlich beschränkt ist.

Selbst wenn die neue Regierung in ihrer personellen Zusammensetzung für uns erträglich wäre und der Belagerungszustand sofort aufgehoben würde, könnte die sozialdemokratische Fraktion den geforderten Vollmachten ihre Zustimmung nicht erteilen. Eine bürgerliche Regierung, in der wir keine Vertretung haben, kann nicht verlangen, daß wir uns ihr freiwillig mit Kopf und Kragen verkaufen. Nichts anderes aber würde das von der Regierung gestellte Ansinnen praktisch bedeuten und wir möchten nur Herrn Marx als Parlamentarier sehen, wenn er einer sozialistischen Minderheitsregierung jenes Gesetz bewilligen soll, das er trotz seines Rechtskurses jetzt von uns fordert. Dabei wollen wir auch hier ausdrücklich betonen, daß die Sozialdemokratie nach wie vor zu einer positiven Mitarbeit unter Kontrolle des Parlaments bereit ist und es nicht ablehnt, **den im Interesse der Volksgesamtheit notwendigen Maßnahmen durch schnelle Verabschiedung zur Durchführung zu verhelfen.**

Das Ermächtigungsgesetz der Regierung ist also halbwegs erledigt, bevor es gedruckt dem Reichstage vorliegt. Welche Konsequenzen die Regierung daraus ziehen will, ist noch nicht klar ersichtlich. Jedenfalls verlautet bisher, daß Dr. Marx nicht beabsichtigt, die Auflösung des Reichstages beim Reichspräsidenten zu beantragen, sondern vielmehr geneigt ist, sich mit einer Ablehnung des Gesetzes abzufinden und auf Grund des Art. 48 der Verfassung die Geschäfte des Reiches weiterzuführen. Die für das Ermächtigungsgesetz mit Ja abgegebenen Stimmen, die zweifellos zahlenmäßig in der Mehrheit sein werden, sollen im Eventualfall als Vertrauensvotum betrachtet werden.

Aus der Tatsache, daß die Regierung die Ablehnung des Gesetzes nicht zur Prestigefrage macht, ist zu ersehen, daß sie selbst mit einer Verabschiedung vorläufig nicht rechnet. Angeblich will sie das Ermächtigungsgesetz, um schnell handeln zu können, während sie sich klar darüber ist, daß mit seiner Ablehnung gerechnet werden muß und ihr deshalb bereits jetzt die Handhabe des Art. 48 der Reichsverfassung zur Verfügung steht, wenn tatsächlich das Wohl des Volkes bei der Taktik des Kabinetts Marx ausschlaggebend ist. Statt dessen aber läßt man es erst auf eine heute schon als zwecklos erscheinende Abstimmung ankommen und versetzt die Oeffentlichkeit in neue Aufregung, um dann drei Tage später doch von einer Handhabe Gebrauch zu machen, die bereits mehrere Tage früher zur Verfügung gestanden hat. Unter diesen Umständen können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß bei der Taktik des Kabinetts Marx das Agitationsbedürfnis der einen oder anderen in ihm vertretenen Partei eine gewisse Rolle spielt. Wie dem aber auch sei, selbst wenn sich die Regierungsparteien und das Kabinett noch nachträglich zur Auflösung des Reichstages entschließen sollten, dürfte sich die Sozialdemokratie von der unbedingt notwendigen Konsequenz bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz nicht abhalten lassen.

Sicher ist jedenfalls, daß die Neuwahlen in den ersten Monaten des kommenden Jahres, vielleicht schon im Januar stattfinden.

Die Regierungstätigkeit des Kabinetts Marx in den ersten 24 Stunden liefert dafür den besten Beweis!

*

Der Reichskanzler ersuchte die Genossen Hermann Müller und Breitscheid am Montag um eine Besprechung über die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes. Die Unterredung erfolgte in Anwesenheit des Reichsfinanzministers, der einen Ueberblick über die traurige Finanzlage des Reiches gab. Sowohl Müller wie Breitscheid, denen u. a. die Auskunft zuteil wurde, daß der Ausnahmezustand sofort nicht aufgehoben werde, erklärten, daß mit einer Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem von der Regierung geforderten Ermächtigungsgesetz nicht zu rechnen sei.

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 4. Dezember.

Der Sozialismus gewinnt täglich mehr Sympathien. Nicht nur Hitler und Ludendorff in München reden von früh bis spät von sozialistischen Ideen, jetzt schlägt sogar die Lübecker Volkspartei auf die „sozialistische" Trommel. Sie gibt ein kleines Wahlblättchen heraus. Im Spitzenaufruf dieses Blattes steht der stolze Satz: „Unser Motto sei der Wahlspruch des alten preußischen und des wahrhaft sozialistischen Gedankens: „Einer für alle, alle für einen!"

Im alten Preußen hieß der eine: Wilhelm; heute heißt der eine: Stinnes. Beide huldigten Zeit ihres Lebens mit großer Begeisterung dem „sozialistischen" Grundsatz: Alle für einen!

Und die andere Hälfte des Wahlspruches? Als der in Frage kam, reiste der eine nach Holland; der andere aber verschob sein Kapital ins Ausland. Und Stinnes tat es wirklich für uns alle! Einer für alle!

*

Das gleiche Blättchen bringt noch einen anderen Aufruf: Zum Volksentscheid. Darin steht folgende kristallklare Logik:

„Jeder Wähler muß das Mißtrauen der S. P. D. mit einem Nein ablehnen. Dann bleibt der Senat, und die Bürgerschaft muß statt seiner aufgelöst werden. Nur durch die Wahl einer neuen Bürgerschaft aber, bei der alle ihrer Pflicht zur Staatserhaltung nachkommen, können wir hoffen, das Elend der Gegenwart wieder zu bessern."

Also: Liebe Wähler, stimmt für den alten Senat, damit alles beim alten bleibe, damit das Elend der Gegenwart gebessert werde. (Oder bleibe?)

Alle bitteren Glossen wollen wir uns in diesem Augenblicke schenken. Wir werden bei gegebener Zeit alles herauskramen. Nichts soll den mit Devisen ausgestopften Pleitegeiern der Wirtschaft und des Staates geschenkt werden.

Nur einen Rat wollen wir den liebenswürdigen Vorsängern der Volkspartei jetzt schon auf den Weg geben: Ueberlegt Eure Agitationsmätzchen in Zukunft ein bißchen besser, damit Ihr Euch nicht fortwährend lächerlich macht. Denn mit lächerlichen Quixotes und Taraskons zu kämpfen ist auf die Dauer ein höchst langweiliges und trostloses Geschäft.

*

Ein Bild aus der gestrigen Bürgerschaftssitzung! Die Sozialdemokratie hatte einen Antrag eingebracht: Der Senat hat bei der Reichsregierung für Aufrechterhaltung des Achtstundentages auch für Beamte und Angestellte einzutreten!

Bei der Abstimmung erhoben sich: Sozialdemokraten und Kommunisten. Und auf der bürgerlichen Seite?

Wie einsame Säulen standen die Vertreter der Angestellten und Beamten! Bei den Deutschnationalen einer, bei der Volkspartei einer und bei den Demokraten einer!

Es war eine reine Freude, diese Konzessionsschulzen des Kapitals stehen zu sehen. Sie waren sich selbst nicht zum Gewinn. Verschämt schlugen sie die Augen nieder. Sie fühlten die kläaliche Rolle ihrer Traurigkeit, Konzessionsschulzen der kapitalistischen Parteien an die Beamten und Angestellten zu sein.

Hin und wieder schmeißt man ihnen einen kleinen Happen zur Beruhigung hin. Wie einem hungrig schnappenden Köter die Pelle. Wenn es aber um die Wurst selbst geht, so stehen sie allein und bettelnd vor der Tür. Und ihr ganzes jahrelanges patriotisches Schweifwedeln hat ihnen nichts genützt.

Denn — jetzt geht es um die Wurst, um den Profit, um den vielgepriesenen Zehnstundentag. Und da versteht das Kapital keinen Spaß.

Ihr seid die Knechte, und ihr habt zu tanzen, wenn wir pfeifen. Ihr habt zu hopsen, wie unsere Peitsche knallt. Wie die Affen habt ihr Euch zu drehen, wenn Stinnes und sein Anhang mit dem Daumen knipsen.

Welch stolze Rolle spielt der deutschnationale Handlungsgehilfen verband; welch erbärmliche auch der deutsche Gewerkschaftsbund; und welch lächerliche der Beamtenbund!

Deutsche Freiheit! Deutsche Ehre!

Große Worte! Worte! Worte!

Effektenverkäufe an der Börse.

Bei Beginn der neuen Woche lag an der Effektenbörse ein auffallend großes Angebot vor. Es handelt sich meist um Verkäufe für ausländische, insbesondere englische und holländische Rechnung, die mit Erstarken des belgisch-französischen Einflusses im besetzten Gebiet zusammenhängt, teils kommen die Verkaufsorders aus westdeutschen Industriekreisen. Man führt dies darauf zurück, daß die rheinisch-westfälischen Industrien genötigt seien, sich durch Abstoßung von Effekten, die zur Wiederaufnahme des Betriebes und zur Zahlung von Kohlensteuern nach dem Micum-Vertrage notwendigen flüssigen Mittel zu verschaffen. Außerdem kommen aber auch aus den unbesetzten Gebieten ziemlich erhebliche Verkaufsorders an die Börse, da man annimmt, daß nach der Verabschiedung des neuen Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag, die Regierung sofort die Steuerverordnung in Kraft setzen wird, die bekanntlich sehr bedeutende Zahlungen auf Goldbasis, schon für den Monat Dezember vorsieht. Man verwies an der heutigen Börse auch darauf, daß infolge der festen Haltung der Mark im Auslande auch die inländischen Lebensmittel und Warenpreise kräftig zu sinken beginnen. Diese Vorgänge finden natürlich in der Kurssenkung der Effekten eine gewisse Parallele.

Dollar 4,2 Billionen.

1 Goldmk. 1 Billion, 1 Goldpfg. 10 Milliarden.

Die Eisenbahnregie im besetzten Gebiet.

Das zwischen der Regie und dem Reich in Mainz getroffene Abkommen liegt dem Kabinett am Dienstag zur Beratung und zur Entscheidung vor. Da eine Reihe von Fragen, z. B. die Paßfrage, die von den Franzosen durchweg vom militärischen Gesichtspunkt betrachtet wird, ungeklärt sind, müßten Rückfragen an die französische Regie gestellt werden. Im übrigen hat sich die Regie im Prinzip mit der Einstellung aller Beamten einverstanden erklärt. Die Einstellung wird jedoch nicht sofort erfolgen können. Ungeklärt ist auch noch die Frage der Entlassung der Gefangenen und der Rückkehr der vertriebenen Eisenbahnbeamten.

Preissenkung.

SPD. Berlin, 3. Dez.

Seit Tagen hat man auf den Produktenmärkten im Zusammenhang mit der Festigung der Papiermark ein Nachlassen der Preise feststellen können, so daß sich Papiermarkpreise und Rentenmarkpreise völlig ausgeglichen haben. Diese erfreuliche Bewegung hat sich auch auf den Kleinhandel übertragen. Am Montag setzten sich die Preissenkungen besonders auf dem Lebensmittelmarkt fort. Räucherfische verbilligten sich um 25 Prozent, Gemüse bis zu 50 und Fleisch um 35–40 Prozent. Anscheinend hat sich die Aufforderung des Ernährungsministeriums an das Fleischergewerbe, die Preise in Goldmark auf Grundlage der tatsächlichen Gestehungskosten und unter Einrechnung eines Gewinnzuschlages festzusetzen, der den im Frieden auf eine Gewichtseinheit entfallenden Verdienst nicht überschreiten darf, bis zu einem gewissen Grade geltend gemacht. Unserer Ueberzeugung nach ist eine weitere Verbilligung möglich. Sie kann erreicht werden, wenn die Behörden endlich zugreifen und sich nicht, wie das bisher leider der Fall war, durch unrichtige Berechnung der Gestehungskosten düpieren lassen. Richtige Kalkulationen werden dann in ganz kurzer Zeit infolge der Ersetzung der Papiermark durch wertbeständige Zahlungsmittel erreicht werden. In Hamburg ist es gelungen, die Risikozuschläge zum Teil durch völlige Einstellung auf die Goldmark zu beseitigen. Viele Geschäfte haben trotz der Berliner Notierung den Multiplikator bereits auf 800 Milliarden heruntergesetzt. Dadurch ist eine nicht unwesentliche Verbilligung der Waren eingetreten. Z. B. sank der Milchpreis von 49 auf 35 Goldpfennige und Ochsenfleisch war je nach Qualität auf dem Viehmarkt für 15 bis 45 Goldpfennige zu haben, während man in anderen Städten infolge der ungerechtfertigten Zuschläge einen doppelten oder vielfachen Betrag zahlen mußte.

Für Preisabbau!

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am 30. November mit Vertretern des Fleischergewerbes eine Besprechung wegen Herabsetzung der Fleischpreise statt. Die Beteiligten wurden aufgefordert, die gegenwärtigen Preise unverzüglich herabzusetzen und für die Zukunft auf der Grundlage der tatsächlichen Gestehungskosten unter Einrechnung eines Gewinnzuschlags, der den im Frieden für die Gewichtseinheit gehabten Verdienst keinesfalls überschreiten darf, die Preise in Goldmark neu festzusetzen. Solange diese Umstellung die von allen Risikozuschlägen freizuhaltenden Goldmarkpreise nicht erfolgt ist, ist bei Zahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Rentenmark, Goldanleihe) ein entsprechender Nachlaß (Rabatt) von den im übrigen erheblich herabzusetzenden Papiermarkpreisen zu gewähren. Die Vertreter des Fleischergewerbes sagten zu, daß sie in ihren Kreisen auf die Einhaltung dieser Richtlinien hinwirken werden. Erfolgt die Herabsetzung nicht oder nicht in genügendem Maße, dann ist es Aufgabe der Preisprüfungsstelle und Polizeibehörden, mit allem Nachdruck einzugreifen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird in ähnlicher Weise auch mit anderen Parteien des Nahrungsmittelgewerbes und Handels ins Benehmen treten, um eine allgemeine Senkung der hohen Lebensmittelpreise zu erzielen.

*

Die preußische Regierung hat die Oberpräsidenten angewiesen, unter allen Umständen die Warenpreise auf ein erträgliches Niveau herunterzudrücken. Um die Bevölkerung zur Mitkontrolle zu veranlassen, werden die Friedenspreise von Zeit zu Zeit in Zukunft in den Zeitungen veröffentlicht. Die Preisprüfungsstellen sind angewiesen, die Friedenspreise als Unterlage für ihre Beurteilung der Preise zu gebrauchen. Kommen die Händler den Anordnungen der Preisprüfungsstellen nicht nach, dann soll die Wucherpolizei sofort eingreifen. Sie ist beauftragt, in erster Linie mit der Entziehung der Handelserlaubnis zu arbeiten. Wichtig ist die Anweisung an die Wucherpolizei, sich nach dem Preis zu richten, den der erste Käufer dem Produzenten bezahlt hat.

Die bayrische Regierungskrise.

SPD. München, 3. Dezember. (Eig. Drahtber.)

Am Montag vormittag sollte sich der bayrische Ministerrat mit der Regierungskrise befassen. Allgemein erwartete man von dieser Besprechung eine weitgehende Klärung der ziemlich verwickelten Verhältnisse, die aber nur insoweit eingetreten ist, als während der Sitzung des Kabinettsrats vom Finanzminister Dr. Krausneck, welcher der Sitzung ferngeblieben war, ein Schreiben einging, in dem er seinen Rücktritt erklärte. Der Entschluß des Finanzministers, der der Bayrischen Volkspartei angehört und während seiner langjährigen Amtszeit die Absicht seines Rücktritts schon öfter kundgegeben hat, ohne sie auszuführen, ist wohl dadurch veranlaßt, daß die maßgebenden Führer der Bayrischen Volkspartei ihre seit langem an der Tätigkeit Krausnecks geübte Kritik in der letzten Woche sehr verschärft haben. Nicht mit Unrecht macht man Krausneck zum Vorwurf, daß er jede Eigenschaft als Führer der Bayrischen Wirtschaftspolitik hat vermissen lassen. Wird der Rücktritt Krausnecks tatsächlich, so ist er wohl als der erste offene Schritt zur geplanten Neubildung der bayrischen Regierung zu werten. Denn mit Krausneck verliert Knilling seine einzige zuverlässige Stütze in seinem jetzigen Kabinett. Es wäre aber falsch, daraus zu schließen, daß nun auch das Schicksal Knillings ohne weiteres besiegelt wäre. Knillings Verabschiedung ist allerdings nur dann aufzuhalten und seiner Forderung nach dem Rücktritt des Innenministers Dr. Schweyer nur dann stattgegeben, wenn es ihm gelingt, ein aktives staatspolitisches Programm aufzustellen, mit der Erklärung, daß er zu dessen Durchführung unbedingt einen neuen Innenminister notwendig habe. Das wäre dann der letzte Kredit, den die Bayrische Volkspartei Knilling einräumen würde; denn es ist das Ziel der Bayrischen Volkspartei, jetzt endlich eine starke Regierung zu schaffen, die auf verfassungsmäßigem Wege jene Aufgaben zu lösen hätte, die der Generalstaatskommissar in seinen vielfachen Erklärungen angedeutet und teilweise in Angriff zu nehmen versucht hat.

Kahr weist die Preußen aus!

Ein neuer Bruch der Reichsverfassung.

Der „Vereinsanzeiger" des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 1. Dezember folgendes Dokument der Kahrerei in Gestalt eines Ausweisungsbefehls:

1. Der preußische Staatsangehörige Zellerhoff, lediger Malergehilfe, geb. 7. 6. 1883 zu Essen, wird aus München und Bayern ausgewiesen.

2. Gebühren bleiben außer Ansatz.

3. Die Kosten des Verfahrens und des Vollzuges der Ausweisung fallen dem Ausgewiesenen zur Last.

Gründe: Z. steht in dringendem Verdacht, nur deswegen nach Bayern gekommen zu sein, um als linksradikaler Agitator die bayrische Arbeiterschaft gegen die bestehende Staatsform aufzuwiegeln. Die derzeitigen Verhältnisse gebieten die Fernhaltung solcher Personen. Seine Ausweisung wird daher verfügt.

Zellerhof war Vorsitzender der Verbandsfiliale in Bad Reichenhall und zugleich Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB. Er wurde ausgewiesen, weil er Kartellvorsitzender war. Nach voraufgegangener Haussuchung, die keinerlei belastendes Material gegen ihn ergab, wurde Z. nachts aus dem Bett heraus verhaftet und nach achttägiger Haft, ohne jede Vernehmung von München aus im Transportwagen gemeinsam mit gemeinen Verbrechern abgeschoben. Nach 14stündiger Fahrt wurde er an der sächsischen Grenze abgesetzt. Sein Schicksal teilte mit ihm der Schriftführer des Bad Reichenhaller Gewerkschaftskartells, ein Metallarbeiter aus Berlin. Beide waren Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.

Die Ausweisung preußischer Staatsangehöriger aus Bayern ist ein glatter Verfassungsbruch, der gerade den jetzigen Reichsjustizminister interessieren sollte. Denn der ist ja bayrischer Staatsanwalt und sollte als Reichsminister darauf achten, daß der sogenannte Generalstaatskommissar nicht die Reichsverfassung und die Rechte der Reichsangehörigen gröblich verletzt. Denn der § 110 der Reichsverfassung sagt ausdrücklich:

Jeder Deutsche hat in jedem Lande des Reiches die gleichen Rechte und Pflichten wie die Angehörigen des Landes selbst.

Und der § 111 der Reichsverfassung fügt dieser an sich schon klaren Vorschrift die weitere Erläuterung hinzu:

Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Reiche. Jeder hat das Recht, sich an beliebigem Orte des Reichs aufzuhalten und niederzulassen, Grundstücke zu erwerben und jeden Nahrungszweig zu betreiben. Einschränkungen bedürfen eines Reichsgesetzes.

Die bayrische und die Reichsausnahmeverordnung haben allerdings eine Reihe von Bestimmungen der Reichsverfassung außer Kraft gesetzt. Aber die §§ 110 und 111 der Reichsverfassung sind nicht einmal von der bayrischen Ausnahmeverordnung — deren Rechtsungültigkeit übrigens selbst nach dem Urteil bayrischer Staatsrechtslehrer keinem Zweifel unterliegt — vorübergehend außer Kraft gesetzt. Sie bestehen also auch dort noch zu recht, wo sonst alles Recht auf den Kopf gestellt ist. Trotzdem läßt Kahr preußische Staatsangehörige wie Verbrecher verhaften und über die Grenze abschieben wie lästige Ausländer! Was tut dagegen die preußische Regierung, um die Rechte ihrer Staatsangehörigen zu schützen?

Wenn die Machtposition Kahrs übrigens nicht stärker ist als seine „Gründe", dann hat er bald abgewirtschaftet. Denn für den Ausgewiesenen und für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in Bayern wie in den übrigen Ländern des Reiches konnte es sich doch höchstens darum handeln, für die bestehende Staatsform einzutreten, für die Republik und für die Weimarer Verfassung des Deutschen Reiches. Nicht der Ausgewiesene und sein Genosse, sondern Kahr ist es, der „gegen die bestehende Staatsform" aufwiegelt.

Was die freigewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft, was die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei von einer „Staatsform" zu erwarten hätten, wie sie von den rechtsradikalen Agitatoren und von Kahr mit den bedenklichsten Mitteln einzuführen versucht wird, das kann man sich nach solcher Ausweisung wie nach dem Vorgehen gegen unsere Parteipresse unter der bestehenden Staatsform ungefähr vorstellen.

Münchener Beschlüsse.

SPD. München, 3. Dezember.

Die am Sonntag abgehaltene Konferenz der Münchener Parteifunktionäre hatte eine außerordentlich rege Beteiligung aufzuweisen. An die siebenstündige Aussprache, die sich dem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Gruber anschloß, beteiligten sich 16 Funktionäre. Annahme fand folgende Entschließung: 1. Die Parteifunktionäre der VSPD. München nehmen Kenntnis von der Sitzung des Parteiausschusses und billigen im Interesse der Parteieinheit die dort gefaßten Beschlüsse. 2. Die Münchener Parteifunktionäre bedauern das Bestehen einer organisierten Opposition mit einer eigenen Korrespondenz und lehnen es ab, Bestrebungen zu unterstützen, die einer weiteren Zersplitterung innerhalb der Arbeiterbewegung Vorschub leisten. Stärke und Einfluß der Partei in der Vorkriegszeit sind in ihrer Geschlossenheit und Einheit, nicht aber an der Anzahl der Mandate gelegen. 3. Die Münchener Funktionäre verlangen Parteidisziplin in erster Linie von ihren Vertrauensmännern in den Parlamenten. Jeder Mandatsinhaber muß sich bewußt sein, daß er ein Mandat der sozialdemokratischen Partei nur im Rahmen dieser ausüben kann, wenn er nicht Mißbrauch mit dem Mandat und Verrat an der Arbeiterklasse treiben will. Die Münchener Funktionäre ersuchen den Parteivorstand, alles zu tun, was geeignet ist, eine neue Spaltung zu verhindern, und fordern ihn auf, die schuldigen Reichstagsabgeordneten der Partei an ihre Pflichten gegenüber der Wählerschaft zu erinnern und zur Disziplin zu zwingen. Von der Reichstagsfraktion erwartet die Versammlung mehr Stetigkeit in der Haltung und Bewahrung der Handlungsfreiheit nach eigenem taktischen Ermessen, nicht aber Handlungen und bedeutungsvolle Aktionen, die von einzelnen Ortsgruppen oder Bezirken gefordert werden.

Bemerkenswert ist, daß der erste Teil der Entschließung über die bekannten Beschlüsse des Parteiausschusses gegen die organisierte Opposition einstimmig gebilligt wurde, während der zweite Teil mit allen gegen 16 und der dritte Teil mit allen gegen 17 Stimmen Annahme fand. Eine weitere Entschließung befaßt sich mit dem sozialen Elend der Arbeiterklasse, insbesondere in Bayern und bezeichnet den politischen Druck, mit dem auf die organisierte Arbeiterschaft zu wirken versucht wird, als ein Zeichen der Degeneration des Geistes der verantwortlichen bayrischen Stellen. Gegen die von der neuen Reichsregierung geplante Arbeitszeitverlängerung bei den Beamten erhob die Konferenz einmütig Protest und beauftragt den Parteivorstand sowie die Reichstagsfraktion, zusammen mit dem ADGB. in allem Ernst Abwehrmaßnahmen vorzubereiten.

Sachsen und Reichswehr.

SPD. Dresden, 3. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Das Wehrkreiskommando 4 verbreitet eine Darstellung, in der versucht wird, an Hand einzelner Fälle die Angaben über Mißhandlungen Gefangener durch die Reichswehr zu entkräften. Zu diesen Ausführungen des Wehrkreiskommandos wird von amtlicher Seite nunmehr eine umfangreiche Darstellung veröffentlicht, der wir folgendes entnehmen:

„Das Wehrkreiskommando irrt, wenn es sagt, daß sich die Angaben in den Reden der sächsischen Minister auf die Aussagen der Beschwerdeführer allein stützen. Es sind für die Mißhandlungen z. T. auch Zeugen vorhanden, die sich auch bereit erklärt haben, ihre Aussagen zu beeiden. Außerdem liegen ärztliche Gutachten vor, die diese barbarischen Mißhandlungen beweisen können. In einigen Fällen haben überdies die verschiedenen Behörden sich durch Augenschein von der Wahrheit der Angaben der Beschwerdeführer überzeugt. Sie haben die jämmerlich zerschundenen Körper der Mißhandelten gesehen. Selbstverständlich ist die sofortige richterliche Untersuchung beim Justizministerium beantragt worden. Diese Untersuchung allein kann die Sache aufklären. Die Untersuchung durch die Reichswehr bietet nicht die Garantien für die Ermittelung der Wahrheit, die gefordert werden müssen. Die Reichswehr sitzt selber auf der Anklagebank. Das Reichswehrkommando sagt zudem nicht einmal, wie es untersuchen läßt. Die Vernehmung der beschuldigten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften genügt nicht zur Feststellung des Sachverhalts, und Vernehmungen der Mißhandelten durch Reichswehrangehörige begegnen bei diesen großer Abneigung und Mißtrauen, da sie nach den bisherigen Erfahrungen befürchten, daß sich bei diesen Vernehmungen oder im Anschluß an sie die Mißhandlungen wiederholen und daß Versuche gemacht werden, ihre Aussagen zu beeinflussen. Das Wehrkreiskommando geht gerade nicht auf solche Mißhandlungen ein, die von vielen Augenzeugen gesehen worden sind, so nicht auf den schändlichen Transport der Gefangenen durch Anbinden an Pferde, die in schnelle Gangart versetzt wurden. Das ist in mehreren Fällen bezeugt.

Selbständige Devisennotierung in Köln.

Köln, 3. Dezember.

Nachdem die Rheinlandkommission die Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln und alle diesbezüglichen gesetzlichen Erlasse verboten und die Reichsbank Devisen für das besetzte Gebiet für Lebensmittel völlig ungenügend und für sonstige Bedürfnisse gar nicht zugeteilt hatte, hat der Börsenvorstand beschlossen, vom Mittwoch, 5. Dezember, ab die Devisen selbständig zu notieren.

*

Der Beschluß des Kölner Börsenvorstandes bedeutet eine glatte Absage an die Devisenpolitik der Reichsregierung und Reichsbank und ist nur unter den politischen Zuständen im Rheinland möglich. Vom politischen Gesichtspunkt aus ist er darum zu bedauern, mag auch die offizielle Devisenpolitik anfechtbar und mögen die wirtschaftlichen Gründe für den Kölner Beschluß noch so plausibel sein.

Das Ende der Separatisten.

Bonn, 3. Dezember.

Gestern abend haben in Bonn und in allen Orten der Umgegend die Separatisten die Rathäuser verlassen müssen. Die grünweißrote Fahne ist eingezogen worden. In Bonn ist der sog. Aktionsausschuß in die Wohnung eines seiner Mitglieder verlegt worden.

Duisburg, 3. Dezember.

Die letzten Separatisten, unter ihnen Dr. Guthardt, haben nunmehr das Rathaus verlassen. Die legale Stadtverwaltung wird ihre Diensträume morgen wieder beziehen.

Eine Pariser Sensation.

Der Sohn des Royalistenführers Daudet eines rätselhaften Todes gestorben.

V. Paris, 2. Dezember.

Die Zeitungen beschäftigen sich eingehend mit dem geheimnisvollen Tod des Sohnes des bekannten royalistischen Führers Leon Daudet. Der 14jährige Daudet wurde vor einigen Tagen als unbekannter Toter in ein Hospital eingeliefert. Man nahm zuerst Selbstmord an. Die hiesige anarchistische Zeitung „Le Libertaire" veröffentlichte einen Abschiedsbrief des jungen Daudet an seine Mutter, der als Grund für den Selbstmord angibt, daß er anarchistischen Verbänden beigetreten sei. (?) Der junge Daudet zeigte krankhafte neurasthenische Neigungen; verschwand oft tagelang von zuhause in Anfällen von jugendlichem Vagabundieren, und wurde deswegen auch von Nerven-Spezialisten behandelt. Sein Vater hat Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Ermordung seines Sohnes erstattet. In den letzten drei Tagen vor seinem Tode war Daudet in einem seiner Anfälle nicht zu Hause gewesen, und in den Kreisen, die Daudet nahestehen, wird behauptet, daß er während dieser Zeit in anarchistischen Kreisen zurückgehalten worden sei. Einige Camélots du roi, mit denen der junge Daudet befreundet war, haben die Vermutung geäußert, daß dieser beabsichtigte, sich unter falschem Namen bei den Anarchisten einzuführen, um dort einer angeblichen Verschwörung gegen seinen Vater auf die Spur zu kommen, deren Opfer bereits vor einiger Zeit der bekannte Monarchist und Sekretär der Camélots du roi, Plateau, gewesen ist.

Nach dem Pariser Anarchistenblatt soll Daudet jr. die Absicht gehabt haben, seinen Vater zu töten und sich aus Reue erschossen haben. Daudet Vater schwört in der „Action francaise", den Tod seines Sohnes an dem Anarchismus rächen zu wollen. Das Blatt macht — Deutschland für die Ermordung Plateaus und für den Tod des jungen Daudet verantwortlich. Aber das gehört ins Gebiet der Psychiatrie.

Internationale Arbeiterhilfe.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund und die sozialistische und kommunistische Partei der Schweiz eröffnen für die hungernde deutsche Arbeiterschaft gemeinsam eine öffentliche Sammlung an Geld, Lebensmitteln und Kleidern. Ferner hat der schweizerische Gewerkschaftsbund eine Hilfsaktion beschlossen, die verhindern soll, daß die deutschen Gewerkschaften dem Valutaelend zum Opfer fallen. Die Mittel sollen durch die dem Bunde angeschlossenen Zentralverbände aus ihren Zentral- und Sektionskassen aufgebracht werden. Einige Zentralverbände haben bereits den Beschluß gefaßt, Extrabeiträge einzuziehen. Der Gewerkschaftsbund selbst hat bereits aus seinem Vermögen einen größeren Betrag nach Deutschland abgehen lassen.

Große Ueberschwemmung in Italien.

600 Tote.

Aus Bergamo wird berichtet: Infolge der starken Regengüsse in den letzten Tagen stieg der Spiegel des künstlichen Glenosees, der als Reservoir für elektrische Zentralen diente, außerordentlich stark, wodurch ein Dammbruch hervorgerufen wurde. Eine Wassermenge von zwei Millionen Kubikmeter füllte das Tal an und überschwemmte die drei Dörfer Dezzo, Gandine und Corna. Es sind ungefähr 600 Opfer zu beklagen, von denen bisher 137 geborgen wurden. Der Schaden beläuft sich auf einige hundert Millionen. Auch eine große Anzahl Vieh wurde von dem Wasser fortgerissen. Die Verbindungen sind zerstört. Die Behörden von Bergamo und Brescia begaben sich sogleich an den Ort der Katastrophe. Militär arbeitet unermüdlich an den Rettungsarbeiten. Nach weiteren Meldungen steht von drei zerstörten Dörfern nur die Kirche in Dezzo und ein einziges Haus. Der zerrissene Damm war erst im Vorjahr gebaut. Der Ursprung der Katastrophe ist außer auf anhaltendem Unwetter auf Sirokko und Schneeschmelze im Hochgebirge zurückzuführen.

Zielbewußte Wohnungspolitik!

Von fachmännischer Seite wird uns geschrieben:

Durch die schwerwiegenden innen- und außenpolitischen Probleme ist die Wohnungsfrage weit über Gebühr in den Hintergrund gedrängt worden — zum Schaden nicht nur der baugewerblichen Arbeitnehmer, sondern auch der Wohnungslosen (deren Zahl — ohne Familienangehörige! — jetzt etwa 1½ Millionen beträgt), der Mieterschaft in ihrer Gesamtheit und der Volkswirtschaft überhaupt.

Die Arbeitnehmer des Baugewerbes sind infolge der Drosselung der Neubautätigkeit entweder in andere Berufe abgewandert (wo sie jetzt in erster Linie der Arbeitslosigkeit anheimfallen), oder sie sind ihrem Berufe treu geblieben und sehen nun gleichfalls hoffnungslos dauernder Arbeitslosigkeit entgegen. Die Wohnungslosen aus den unbemittelten Schichten gehen infolge ihrer vergeblichen Bemühungen um ein — wenn auch nur ganz bescheidenes — Unterkommen der Verzweiflung entgegen und mehren die Zahl der rechts- oder linksradikalen Kreise, die das Heil in einem Umsturz der republikanischen Staatsordnung erblicken. Die Mieterschaft endlich klagt über den Verfall der Wohnungen und wehrt sich gegen die Bestrebungen der Hausbesitzer, aus der Miete — wie in der Vorkriegszeit — ein Renteneinkommen zu ziehen, das sie der Notwendigkeit enthebt, zu arbeiten. Die Volkswirtschaft aber, die an unserem Währungselend krankt, kann ohne eine Wiederbelebung der Neubautätigkeit und ohne geordnete Instandhaltung des alten Wohnungsbestandes nicht gesunden.

Ueber diese Tatsachen sind alle diejenigen einig, die den Wiederaufbau unseres Staatslebens wollen. Aber über die Wege, die zu diesem Ziele führen sollen, sind nicht nur die größten Meinungsverschiedenheiten vorhanden, sondern es besteht darüber — und das ist das Schlimmste! — gerade an den maßgebenden Stellen eine erschreckende Unklarheit und ein Mangel an festem Willen. Das hat in Verbindung mit unserer Währungskatastrophe zu Zuständen geführt, die über kurz oder lang zu einer Wohnungskatastrophe führen müssen, wenn nichts dagegen geschieht.

Seit dem Kriegsbeginn, also seit fast einem Jahrzehnt, ist auf dem Gebiete des Wohnungswesens von der Reichsregierung und von den Regierungen der Länder (von einigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen) viel und schwer gesündigt worden. Man hat sich fast durchweg mit Augenblicksmaßnahmen begnügt und hat sich von den Verhältnissen treiben lassen — dies sogar oft noch widerstrebend. Zwischen dem Druck der beiden Interessentenkreise (der Hausbesitzer und der Mieter) hat man an maßgebender Stelle eine Politik des Hin- und Herpendelns getrieben, die schlimmer war, als wenn man wenigstens einer Richtung konsequent gefolgt wäre. Es fehlte an der führenden Stelle an jeder weitblickenden Stellungnahme und an dem entscheidenden Willen, die Dinge auf irgendeine Weise zu meistern. Als man einsah, daß man sich mit dem Durchwurteln und Kompromisseln zwischen beide Stühle gesetzt hatte (mangels eigener Ueberlegenheit!), setzte man sich schließlich auf den Stuhl der — Hausbesitzer. Denn das ist ja die jetzt — 5 Jahre nach der Revolution — beliebte Scheinlösung aller Probleme, daß man über die Ansätze zu zeitgemäßen Neuregelungen einfach hinweggeht und trotz aller Warnungen und Proteste in die Zustände vor 1918 oder 1914 zurücksteuert.

Im Wohnungswesen steht der Erreichung des Zieles der Rückwärtsrevision der Gesetzgebung vor allem die nackte Tatsache entgegen, daß die Mieter in den alten Häusern — nicht so sehr durch die Gesetzgebung als durch die rapid fortgeschrittene Geldentwertung — bis auf ein Maß herabgedrückt sind, welche die ordnungsmäßige Instandhaltung der Häuser und Wohnungen (den guten Willen der Hausbesitzer, der leider oft fehlt, einmal vorausgesetzt) gefährdet. Das Reichsmietengesetz will nur den Kapitalzins (die Rente) auf dem zahlenmäßigen Stand vom 1. Juli 1914 (nach dem Grundsatz Mark = Mark) festhalten, läßt dagegen den übrigen Teil der Miete (etwa ⅓) für die Anpassung an die Geldentwertung frei. Wenn nicht einmal diese Anpassung in einem Zeitraum von über einem Jahre erreicht ist, so liegt das nicht am Gesetz, sondern an unserer katastrophalen Wirtschaftslage. Die Tatsache aber, daß die Mieten noch so niedrig sind, ist doch wahrlich kein durchschlagendes Argument für die Reichsregierung, nun innerhalb eines Jahres rein schematisch und ohne Rücksicht auf die gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen den „Idealzustand" der Zahlung der vollen Friedensmiete (nach irgendeinem Index) herbeizuführen.

Zwei Probleme harren im Wohnungswesen der Lösung: Die Aufbringung der Kosten für eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung des alten Wohnraumes und die Aufbringung der Kosten für die Erstellung neuen Wohnraumes.

Die Erhaltung des alten Wohnraumes ist durch das Reichsmietengesetz in der Theorie dadurch gelöst, daß die Mieter die Kosten der Hausbewirtschaftung aufbringen müssen, d. h. die Kosten der Zinssteigerung, der Verwaltung, des Betriebes und der Instandhaltung. In der Praxis hat die Geldentwertung der vollen Auswirkung des Gesetzes entgegengestanden, ebenso in neuerer Zeit die beispiellose Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, in erster Linie aber auch die gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich stark gesunkene Entlohnung der Arbeitnehmerschichten. In dieser Hinsicht hilft uns also keine Gesetzesänderung; diese würde vielmehr nur das Kind mit dem Bade ausschütten, indem sie das Kontrollrecht der Mietervertretung und die Handhaben zur Sicherung der Häuser und Wohnungen beseitigen, d. h. den lastentragenden Mieter entrechten würde. Bevor ein Normalzustand in bezug auf die Höhe der Mietzuschläge erreicht werden kann, muß die Zahlungsfähigkeit der Mieterschaft (von der die Zahlungswilligkeit abhängt) wiederhergestellt und müssen einigermaßen stabile Geldverhältnisse geschaffen sein. Daneben macht die Kapitalbeschaffung für die großen Instandsetzungsarbeiten besondere Schwierigkeiten; diese Frage ist aber im wesentlichen eine Kreditfrage und kann in gleicher Weise gelöst werden wie die Frage der Kapitalbeschaffung für den Neubau.

Der große grundsätzliche Streit, um den es bei der Mietzinsfrage für den alten Wohnungsbestand geht, ist der: **Wer wird Nutznießer der Geldentwertung in bezug auf das Hauskapital?** (Für das Eigenkapital des Vermieters wie für das fremde — Hypotheken- — Kapital.) 65—70 Proz. der Friedensmiete waren Kapitalzinsen, weitere 10 Proz. waren Reingewinn des Vermieters, die restlichen 20—25 Proz. dienten der Hausbewirtschaftung. Um die eigentliche Rente (die 65—70 Prozent Kapitalzins) streiten sich vier Faktoren: der Staat, die Hausbesitzer, die Hypothekengläubiger und die Mieter. Ob die Hypothekengläubiger (soweit sie nicht bereits in Papiermark endgültig abgefunden sind) ihre Darlehen in Gold zurückbekommen sollen, wird — wenn die Reichsgesetzgebung nicht schnell arbeitet — vielleicht das Reichsgericht entscheiden. Erkennt dieses die Pflicht des Hausbesitzes zur Rückzahlung in Gold an, so muß auch die Verzinsung des Geldes in Gold erfolgen — zu Lasten der Mieter! Damit wäre auch dem Hausbesitz die Goldverzinsung seines eigenen Kapitals gesichert, nicht aber der Goldzins für das aus Gold in Papier umgewertete (das dem Hypothekengläubiger enteignete) Kapital. Der Hausbesitz fordert bekanntlich Goldzinsen, will aber nur Papiermarkzinsen an die Hypothekengläubiger zahlen. Die Mieter vertreten den Standpunkt, daß Hausbesitz und Hypothekengläubiger den vollen Schaden der Geldentwertung auf sich nehmen sollen — wie die Inhaber von Sparkassenguthaben, Bankguthaben, Reichsanleihe usw.

Die mächtigste der vier Interessentengruppen, die sich um den Gewinn aus der Geldentwertung streiten, ist vielleicht der Staat. Nach dem jetzt bekanntgewordenen Plan des Reichsarbeitsministers sollen weder die Hausbesitzer, noch die Hypothekengläubiger, noch die Mieter den Nutzen aus der Geldentwertung ziehen, sondern der Staat will seine Hand auf 65 Prozent der Friedensmiete legen. Zwar stellt der Staat die Gesamtheit der Staatsbürger dar, und man könnte deshalb meinen, daß er der gegebene Nutznießer dieser Geldentwertung sei und nicht der einzelne, sei er Hausbesitzer oder Hypothekengläubiger oder Mieter. Aber es kommt doch sehr darauf an, welchen Zwecken der Staat die Einnahmen aus der Konfiskation der Geldentwertung, d. h. 65 Proz. der erhöhten Mieten, dienstbar machen will. Und hier gehen die Meinungen weit auseinander.

Der Staat, als soziale Gemeinschaft und gedacht als öffentlicher Träger der Neubautätigkeit, wäre ein geeigneter Nutznießer dieses Riesengewinnes an volkswirtschaftlichem Vermögen, wenn er sich darauf beschränken würde, die gewonnenen Goldmieten (65 Prozent von etwa 8 Milliarden, also 5,2 Milliarden Goldmark jährlich!) restlos zur Erstellung von Neubauten zu verwenden. Er will das aber offenbar nicht; sondern das Reich will diesen Reichtum auch für Reparationszwecke, für die Stabilisierung der Währung und ähnliche an sich nützliche Dinge verwenden. Und da entsteht dann doch die große Frage, wem diese Nutznießung zugute kommen wird, wenn erst einmal diese Zwecke erfüllt sind. Dann soll offenbar der gewaltige Gewinn von schätzungsweise 100 Goldmilliarden dem privaten Hausbesitz als Geschenk in den Schoß fallen — zu Lasten der Mieterschaft, die als Arbeitnehmerschaft durch die Geldentwertung völlig enteignet und dem Hungerdasein ausgeliefert worden ist.

Der Köder, daß aus der aufgewerteten Miete auch Zuschüsse für Neubauten gegeben werden sollen, kann nur den locken, der die Dinge und die Art, wie sie betrieben werden, nicht kennt. Wird für den Altbau eine aufgewertete Friedensmiete bezahlt, so muß sich ja in Kürze auch der privatkapitalistische Neubau ohne Zuschuß rentieren (Unebenheiten wären leicht auszugleichen). Ist das aber der Fall, so werden in kurzer Zeit keine Zuschüsse mehr benötigt, und die 65 Prozent der Miete (oder 5,2 Milliarden Goldmark jährlich) wären für rein fiskalische Zwecke (Reparationen, Währung, Deckung eines Defizits im Haushalt usw.) frei. Wir hätten also eine Mietsteuer in Reinkultur, eine Steuer, die nicht nach dem Maßstabe von Besitz und Einkommen, sondern nach dem Maßstabe der Wohnungsmiete, d. h. nach dem unsozialsten Maßstabe, erhoben und nur noch von der Kopfsteuer an Ungerechtigkeit übertroffen wird.

Der neue Glaubenslehrsatz des Reichsarbeitsministeriums, die Miete müsse wieder in ein „bestimmtes Verhältnis zum Einkommen" gebracht werden, ist nur eine schlechte Verhüllung der rein fiskalischen Politik, die hier getrieben wird. Was wir endlich — nach fast zehnjähriger Stagnation auf diesem Gebiete — brauchen, ist eine **positive und energische Wohnungspolitik**, die unter Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse das Ziel verfolgt, aus den Mieten für den alten Wohnungsbestand nicht weniger, aber auch nicht mehr herauswirtschaften, als zur Erhaltung des alten Wohnraumes und zur hinreichenden Erstellung neuer Wohnungen gebraucht wird. Jeder Versuch, die Niedrighaltung der Mieten zur Verstopfung des großen Lochs im Staatssäckel zu verwenden, muß ebenso scharf zurückgewiesen werden, wie die Versuche, dem Hausbesitz oder den Hypothekengläubigern auf Kosten der erwerbstätigen Bevölkerung einen ungeheuren Gewinn in den Schoß zu werfen.

Die Wohnungswirtschaft muß sich selbst tragen, und sie wird sich selbst tragen, wenn nach den hier aufgestellten Grundsätzen eine mäßige Steigerung der Mieten bis zu der unbedingt notwendigen Höhe erfolgt. Zuvor aber (oder mindestens gleichlaufend) muß das Einkommen der breiten arbeitenden Schichten des Volkes in demselben Maße gesteigert werden; denn sonst wird durch die Steigerung der Mieten den breiten Volksmassen auch noch das trockene Brot vor dem Munde weggenommen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 4. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

3. Dezember.

(In Millionen)

Amsterdam	1	fl.	1 596 000
Brüssel (Antwerpen)	1	Fr.	199 500
Kristiania	1	Kr.	616 454
Kopenhagen	1	Kr.	726 180
Stockholm	1	Kr.	1 101 240
Helsingfors	1	finn. Mk.	107 730
Rom	1	Lire	183 540
London	1	£	18 854 000
Neuyork	1	Dollar	4 189 500
Paris	1	Frs.	231 420
Zürich	1	Frs.	728 175
Madrid	1	Pesetas	546 630
Wien	100	Kr.	58 852
Prag	1	Kr.	121 695
Budapest	1	Kr.	219 450

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Kees Doorik.

Ein flämischer Sittenroman

von Georges Eekhoud.

3. Fortsetzung.

Inzwischen erhielt Nelis Cramp, dem der Junge aus dem Findelhause in so unerwarteter Weise hilfreiche Hand leistete, den Augenblick für gekommen, wo er sich ihn anschließen sollte, und er erklärte den Philanthropen aus der Stadt, er sei bereit, von jetzt an für den Kleinen zu sorgen. Er teilte Kees seine Absicht mit, ihn zu den Pflugknechten zu zählen und ihm nicht bloß wie den Lehrlingen freie Kost und Wohnung zu geben, sondern ihn auch noch wie einen Arbeiter zu bezahlen. Als Kees, der damals etwa fünfzehn Jahre alt war, das hörte, war er fast verblendet. Der Lohn hätte irgendeinem andern lächerlich geschienen, aber für den armen Verlassenen war das eine erste Gunstbezeugung des Glückes. Nelis Cramp schien ihm der freigebigste aller Meister zu sein. Er sah ihn in einem ganz anderen Lichte als das Dorf, und er liebte ihn wie einen Wohltäter. Nachdem er wegen seiner Schwächlichkeit von den Orakeln in der Stadt aufgegeben worden war, verdankte er ja auch in Wirklichkeit diesem Bauern das Leben.

Der Schlaukopf verfehlte aber auch nicht, sich dieser Kur, die den Wundern von Hal an die Seite gestellt werden konnte, zu rühmen. Er schlug mit der Hand auf den breiten Rücken des Jungen, indem er zu ihm sagte:

„Siehst du, Kerl, vor fünf Jahren hätte man dich noch ganz in deine Trompete stecken können. In der Stadt wollte man dich schon begraben. Ich selbst hätte keinen Pfennig auf deinen Kopf gesetzt. Und sieh, wie du deinen Krauskopf jetzt so hoch und so gerade trägst. Diese Backen, diese Schenkel, diese Arme sind hier auf dem Weißhofe bei Nelis Cramp fett geworden."

Obschon die Rolle des Pflegevaters in dieser durch die Uebung, die freie Luft und die Atmosphäre der Ställe hervorgebrachten Umwandlung sehr unbedeutend war, so hatte Nelis Cramp doch recht, sich zu freuen. Mit fünfzehn Jahren stellte Kees Doorik schon einen tüchtigen Burschen dar. Des Sonntags nach der Messe schauten die Frauen mit Wohlgefallen nach dem kleinen Knecht vom Weißhof mit seinem blauleinenen steifen Kittel, der am Halse gefältet war, seinem weißen Kragen, seiner Mütze, die kokett zur Seite hing, seiner Hose von schwarzem Tuch und besonders seiner roten frischen Farbe, seinem Krauskopf, seinen schwarzen Augen wie die eines Spaniers, eines „Signors".

Außer den Uebungen des Musikvereins Amicitia, welche Mittwochs stattfanden, hatte Kees wenig Zerstreuung. Nur an den Festtagen geschah es manchmal, daß er nach der Messe in das Wirtshaus „Zur Eule" gegenüber dem Kirchhof ging, welches von Sipido, dem Gehilfen des Totengräbers, gehalten wurde. Während des Nachmittags blieben seine Kameraden überall hängen, denn sie konnten es nun einmal nicht unterlassen, aus einem Wirtshaus in das andere zu gehen, wenn nicht eine Kirmes sie mit ihrem Schatz in eine benachbarte Pfarrei rief.

Gewöhnlich verbrachte Kees den Sonntag allein auf dem Hofe und übte sich auf seinem schönen Horne, das glänzte wie Gold. Seine Zungenstöße und seine Triller lockten manchmal Maulaffen an; diese redeten den unermüdlichen Solisten über die Weißdornhecke an und gingen dann weiter, wenn sie einsahen, daß sie ihn nicht verführen konnten, und sie zuckten die Schulter ob dieser Entweihung des trägen Sonntags.

Zuweilen sah Kees sich jedoch als Mitglied der Amicitia gezwungen, eins von den Wirtshäusern zu besuchen, die von anderen Mitgliedern gehalten wurden. Er begleitete dann seine Kameraden, und man endigte immer in der „Prellschenke" beim Bürgermeister Flüp Sap, wo die jungen Leute durch gutes Bier und besonders durch die liebenswürdige Tochter aus dem Hause, Bella Sap, angezogen wurden. Bella war ein blondes Mädchen von zwanzig Jahren, klein und dick, immer lachend, mit hellen Augen, dicken Lippen, vollen Wangen, die ein wenig gefleckt waren, weshalb der Kupferschläger Thiel Dhaenens, einer der Liebhaber Bellas, sagte, die schönsten Früchte seien immer angestochen.

Flüp Sap, der zugleich Bauer und Wirt war, hatte seine Frau verloren, die ihm fünf Kinder hinterließ, von denen drei noch unerwachsen waren. Er übertrug dem ältesten Mädchen Bella die Führung der Herberge und der Hauswirtschaft, die Besorgung der Kleinen, während er mit seinem Sohne Tist, der schon groß und stark war, im Hofe oder auf dem Felde arbeitete.

Die „Prellschenke" war am Ende des Dorfes gelegen, wo die Antwerpener Landstraße und mehrere andere Wege sich kreuzten. Es war eins der besuchtesten Wirtshäuser von Dingelhaar. Die Fuhrleute und die Gemüsehändler verfehlten nie, dort haltzumachen. Die Gendarmen von dem Grenzposten, die Artilleristen von dem Braßschaeter Schießplatz fanden immer Zeit, sich ein Gläschen Genever herausbringen zu lassen, ohne abzusteigen, und dabei dem frischen Bauernmädchen einige Komplimente zu machen. An den Samstagen hielten sich die Maurer und die Erdarbeiter, die aus der Stadt kamen, auch noch in der Prellschenke auf. Staubbedeckt, ihr Handwerkszeug auf der Schulter, mit dem Lohn von sechs Arbeitstagen in der Tasche, prahlerisch und schon angetrunken zechten sie von dem Schenktisch. Sogar die, welche vom Trunke bösartig und heimtückisch wurden, ließen sich durch den heiteren Humor und die ungekünstelten Entgegnungen des Mädchens entwaffnen und gingen lachend davon.

Am Sonntag kamen die Bauern in der Prellschenke zusammen. Die jungen Burschen, fein herausgeputzt, frisch rasiert, standen der Reihe nach vor den Bierpumpen, welche durch die dicken Arme Bellas beständig in Bewegung gehalten wurden. Weder Spötteleien noch gemeine Späße konnten Bella irremachen. Sie reizte die Possenmacher noch mehr, duldete die gesalzensten Erklärungen und erlaubte sogar irgendeinem verwegenen Burschen, sie in die Seite zu kneifen oder ihre kräftigen Armmuskeln zu befühlen, aber sie gab jedem eine schallende Ohrfeige, der es wagte, sie zu küssen oder unter ihrem Halstuch herumzuwühlen.

Auf den Kirmessen zu Dingelhaar und zu Pütte, auf den Festen der Amicitia verfehlte sie nicht einen Tanz; sie ermüdete ihre Begleiter, trank aus allen Gläsern, die ihr dargeboten wurden, aber im übrigen traute sie den Bauernburschen nicht zuviel. Des Abends, wenn sie nach Hause ging, ließ sie sich von Flüp oder Tist Sap begleiten. Das verhinderte die abgewiesenen Freier und die Betschwestern nicht, Bella eine ganze Reihe verdächtiger Abenteuer zuzuschreiben, und diese Geschichten fanden nach und nach so viel Glauben, daß die meisten Leute die Tochter des Bürgermeisters als ein unüberlegtes und leichtsinniges Mädchen ansahen, wenn sie auch nicht immer ihr Betragen als unanständig bezeichneten. Mehr als ein passender Bewerber hörte auf diese Verleumdungen, die durch die freien Manieren Bellas noch genährt wurden, und verzichtete darauf, eine der reichsten Erbinnen aus der Gegend um ihre Hand zu fragen. Diese verfehlten Verbindungen konnten jedoch der dicken, lustigen Schwester keinen Verdruß machen. Sie ließ die Leute reden und fuhr fort, gut zu essen und zu lachen.

In Wirklichkeit täuschten sich die meisten in bezug auf dieses runde, offene Mädchen, das unter seinem flatterhaften, ausgelassenen Aeußern den geraden, praktischen Sinn, die Tüchtigkeit, die Sparsamkeit, kurz all die Tugenden barg, die ein Bauer bei seiner Gefährtin zu finden wünscht.

Flüp Sap, der dicke Bürgermeister, und Tist kannten sie besser als die andern Leute. Sie wenigstens wußten, wieviel Arbeit dieses fidele Mädchen verrichtete, das immer ans Tanzen zu denken schien und immer dran war zu spaßen, und das nicht imstande zu sein schien, irgend ein vernünftiges Wort zu reden; sie wußten, wieviel gesunde Unterscheidungskraft in diesem angeblichen Windkopfe herrschte.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischte Nachrichten.

Die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Japan. Nach einer Blättermeldung aus Tokio ergeben die vom Kriegsministerium veröffentlichten Statistiken über die Opfer der Erdbebenkatastrophe im September, daß sich die Gesamtzahl der Toten auf 99 375 beläuft, darunter 68 215 in Tokio und 29 238 in Yokohama. Die Zahl der Verletzten beträgt 113 071, die Zahl der Vermißten und vermutlich Toten 42 890.

10 000 Autos täglich. Der amerikanische „Autokönig“ Henry Ford erklärte in einem Interview, daß seine Gesellschaft mit einem Kostenaufwande von 110 Millionen Dollar so erweitert worden sei, daß sie demnächst täglich 10 000 Autos und Lastkraftwagen herstellen werde. Sein Unternehmen habe sich über die ganzen Vereinigten Staaten ausgedehnt, weil es so etwas wie eine Sättigung des Marktes nicht gebe. Selbst die größte Entwicklung des Flugzeuges werde den Kraftwagen nicht verdrängen können. Die in Manchester errichtete englische Niederlage stellt bereits 90 Prozent der für England bestimmten Wagen her, und im ganzen werden etwa 150 000 Wagen in England verkauft. Als den besten Markt für die Zukunft bezeichnete Ford China, das der Kraftwagen schneller erschließen werde als alle Eisenbahnen und Missionare.

Ein bayrischer Amokläufer. Ein 43 Jahre alter Landwirt Kink in Dillingen an der Donau ist durch die Münchener Ereignisse zum Amokläufer geworden. Er ergriff, anscheinend vom Wahnsinn gepackt, sein Gewehr, ging auf die Straße, rief dort einem Nachbarn zu, er habe den Befehl, ihn zu erschießen, und brachte ihm einen Schulterschuß bei. Darauf rannte er mit dem Ruf: „Die Kommunisten kommen!“ in das Anwesen des Oekonomen Zeigner, tötete die auf dem Hofe stehende Frau, die ihr Kind im Arme trug, durch einen Schuß in den Unterleib, erschoß die Landwirtswitwe Bunk in ihrem Anwesen und versuchte, in der Schule auf die Kinder zu feuern, wobei er von dem beherzten Lehrer entwaffnet wurde. Der Wahnsinnige wurde in eine Irrenanstalt gebracht.

Allerlei Wissenswertes.

Europas Radiostationen. Die Zahl der europäischen Sendestationen, die regelmäßige Radioprogramme in die Welt schicken, ist nicht klein. An der Spitze marschiert natürlich England, dessen Broadcasting Company bereits im zweiten Lebensjahre steht. Dem englischen Hörer funken London, Manchester, Birmingham, Cardiff, New-Castle, Glasgow, Aberdeen und Bournmouth ständige Unterhaltung zu; er kann vormittags, nachmittags und abends die Hörmuschel ans Ohr legen. Auch die französische Antenne ist nicht schweigsam. Der Eifelturm gibt jeden Tag seine Wetterprognose und mehrmals in der Woche das Zeitsignal. Mittags macht er mit den neuen Fleischpreisen bekannt; nachmittags schwingt er sich zu einer Art finanzwirtschaftlicher Uebersicht auf, um anschließend die Schlußkurse der Pariser Börse zu verkünden. Abendliche Konzerte und Vorträge ergänzen sein Programm. Außerdem existiert in Frankreich eine Radiogesellschaft, die Baumwoll-, Oel- und Kaffeepreise, Musik und Rennberichte in den Aether schickt. Das französische Telegraphenversuchsamt macht sich als dritter Sender viermal wöchentlich mit Vorgängen bemerkbar. In Belgien gibt Brüssel mittags seine meteorologischen Berichte und abends Konzerte. In Holland funkt ein Privatlaboratorium aus dem Haag jeden Abend Unterhaltung, und eine Amsterdamer Station tut dasselbe vormittags, nachmittags und abends. Aus Ymuiden kommen regelmäßige Sonnabendkonzerte. In Dänemark verdient die Station in Lyngby Beachtung mit ihrem Abendprogramm. Von Deutschland wird die Welt aus mehreren Quellen unterhalten. Zunächst gibt Königswusterhausen zu verschiedenen Tageszeiten Musik, Lektüre und Nachrichten. Aus Eberswalde kommen vormittags und abends Konzerte, und die Telefunkengesellschaft des Grafen Arco in Berlin wartet, meist zu Versuchszwecken, mit Vortrags- und Nachrichtenmaterial auf. Das Vox-Haus in Berlin absolviert jeden Abend zwischen 8 und 9 Uhr das amtliche Rundfunkprogramm auf Welle 400 für Hörer in und um Berlin. Seine Aeußerungen kommen für den gesamteuropäischen Radioverkehr nicht in Frage, weil es nur mit kleineren Sendeenergien arbeitet, die für einen Radius von höchstens 150 Kilometern bestimmt sind. In der Tschechoslowakei ist Prag erwähnenswert mit drahtlosen Mittags- und Abendkonzerten, mit Wetterprognose und Nachrichten. Aus der Schweiz sendet der Radioklub in Genf, der augenblicklich schweigt, und Lausanne, das tägliche Abendkonzerte veranstaltet. Auch Madrid hat eine drahtlose Vortragsverbreitung. Das sind die wesentlichsten europäischen Sendestationen. Denen gegenüber stehen eine Unmenge Radiostationen in anderen Erdteilen, namentlich in Amerika.

Lebenssprüchlein.

Wer da strebt nach hohem Ziel,
lern' am Steuer ruhig sitzen,
Unbekümmert, wenn am Kiel
Lob und Tadel hoch aufspritzen.

*

Unsre Zukunft, unser Sein
wollen gestalten wir:
Wahr und rein.

Amtlicher Teil

Stimmlisten für den Volksentscheid.

Die Stimmlisten für den am 6. Januar 1924 stattfindenden Volksentscheid liegen in der Zeit

vom 6. bis einschl. 13. Dez. 1923

zur Einsicht der Stimmberechtigten aus und zwar für die Stimmbezirke:

a) der Stadtgemeinde Lübeck (einschließl. Vorwerk, Krempelsdorf, Israelsdorf, Gothmund, Schönböcken und Wesloe) **in der Turnhalle des Johanneums** (Eingang von der Straße Bei St. Johannis);
b) des Stadtteils Travemünde-Ivendorf **in der dortigen Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, Neustraße 3;**
c) der Stadtteile Kücknitz-Herrenwyk, Siems-Dänischburg und Schlutup **in den dortigen Polizeibüros;**
d) der Stadtteile Moisling-Genin **in der Einwohnermeldestelle in Moisling;**
e) des Landgebiets im Hause der **Gemeindevorsteher** der einzelnen Landgemeinden, in der Landgemeinde Dummersdorf im Hause des **stellvertretenden Gemeindevorstehers H. Westphal** in Dummersdorf.

Die Listen können in der **Stadtgemeinde Lübeck und den vorbezeichneten Stadtteilen an den Werktagen von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags, am Sonntag, dem 9. Dezember 1923, von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags** und in den **Landgemeinden von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags** eingesehen werden.

Einsprüche gegen die Listen, soweit ihnen nicht ohne weiteres Folge gegeben wird, sind spätestens **am zweiten Werktage nach dem Ablauf der Auslegezeit unter Beifügung der erforderlichen Belege** beim Polizeiamt schriftlich zu erheben und zu begründen.

Ueber die Einsprüche entscheidet das Verwaltungsgericht mit oder ohne mündliche Verhandlung. Das Verfahren wird von ihm nach freiem Ermessen geregelt und ist gebührenfrei.

Zur Stimmabgabe werden nur diejenigen zugelassen, welche in die Stimmlisten aufgenommen sind. Stimmberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Reichsangehörigen, welche bis zum 6. Januar 1924 das zwanzigste Lebensjahr vollenden und mindestens seit dem 6. Oktober 1923 ihren Wohnsitz im lübeckischen Staatsgebiet haben. (8871

Lübeck, den 4. Dez. 1923. **Das Polizeiamt.**

Die Abfuhr des Straßenkehrichts (8881
usw. für 1924 ist in einzelnen Losen z. T. 1 Gespannung. zu vergeben. Näh. b. Tiefbauamt.

Steckbrief.
Gegen Arbeiter Konrad **Foerster,** geb. 20. März 1904 in Breslau, welcher flüchtig ist, ist Untersuchungshaft wegen schweren Diebstahls verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Marstallgefängnis zu Lübeck abzuliefern.
Lübeck, 30. 11. 1923.
Untersuchungsrichter beim Landgericht. (8848

Nichtamtlicher Teil

Nachruf!
Am Dienstag, d. 27. 11. verstarb unser Sportkollege
Bernhard Kardel.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten. (8845
Arbeiter-Turn- u. Sport-Verein Genin.

Junges Ehepaar sucht leeres Zimmer mit Kochgelegenheit. Ang. unt. G 511 an die Exp. d. Bl. (8850)

Zu verkaufen Schneider-Puppe, Gr. 44. (8844
Friedenstraße 52, II.

1 Beamtenumhang
zu verkaufen. (8841
Moislinger Allee 54a.

Ein transport. Ofen und ein 3fl. Petroleumkocher zu verkaufen. (8838
Attendornstraße 41, pt.

Zu verkaufen fast neue Herren-Schuhe Gr. 45.
8843) Chasotstr. 16, I. r.

Gitarre
zu verkaufen. Preis 20 Goldmark. (8852
Johannisstr. 46, I. links.

Suche 1 Ruderboot
gegen neuen eleg. Anzug od. and. Bekleidung zu tauschen. Ang. unt. G 409 an die Exp. d. Bl. (8851

Jung. Schäferhund
zu verkaufen. (8862
Krähenstraße 26, I.

Kugel-Puppe, Kinder-Nähmaschine zu verk.
8863) Krähenstr. 26,I.

G. Speicher geg. Pferdestall z. vertausch. oder zu verk. **Block,** Warendorpstr. 5,p. (8849

Gold. Damenuhr geg. Herren-Fahrrad zu vertauschen. Ang. unt. G 509 an die Exp. d. Bl. (8840

Tausche 1 Ztr. Koks geg. g. Puppenkleiderschrank u. Nähmaschine. (8857
Ang. u. G 510 a. d. Exp.

Suche eine Herrenjoppe gegen Korn zu tauschen.
Stockelsdorf,
8858) Lohstr. 71,I.

Braune Pelzboa von Schwartau nach Fleischhauerstr. a. Sonntag verloren. Abz. geg. Belohn. Fleischhauerstr. 87. (8854

Eine Schneiderin
empfiehlt sich außer dem Hause. Ang. unt. G 506 an die Exp. d. Bl. (8847

Buntstickerei
wird angefertigt (8842
Meierstraße 9b. part.

Zur Schlachterei.
Gr. Därme
streng sortiert.
Robert Dose,
Roßschlachterei (8872
Hundestraße 62.

Achtung!!!
Große Sendung (8851
Kernleder
soeben bill. eingetroffen
Wilh. Blunck
19 Hartengrube 19.

Anzeigen,
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten“ veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch, Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfehling (8880
32 Holstenstr. **32**

Die Allgem. Ortskrankenkasse behauptet in ihrer Anzeige vom 30. Nov. 1923 über den vertraglosen Zustand, die Aerzte in Lübeck seien unter Bruch des mit der Kasse abgeschlossenen Vertrages in den Streik getreten. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist vielmehr, daß die Aerzte wegen Veränderung der Vertragsgrundlage den bestehenden Vertrag auf Grund des § 626 BGB. rechtzeitig auf den 1. Dezember 1923 gekündigt haben. **Ein Aerztestreik besteht nicht.** Die Aerzte stehen allen Hilfesuchenden mit ihrem ärztlichen Rat zur Verfügung. (8867
Lübeck, den 3. Dezember 1923.
Verband der Aerzte Deutschlands. Gau Lübeck.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (8762
Buchhandlung
Lübecker Volksbote.

Ia. Lauenburger Kartoffeln
(Industrie)
Verkauf auch ab eintreffenden Waggons
empfiehlt
J. Wiegers, Balauerfohr 26/28.
8868) Fernsprecher 277.

Konsum-Verein
für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.
Abt. Sparkasse.
Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß wir, den Verhältnissen folgend, ab 1. Dezember d. Js. **Goldsparkonten** eröffnen. Einzahlung sowie Rückzahlung erfolgt bis auf weiteres in den im Umlauf befindlichen wertbeständigen Zahlungsmitteln. (8802
Verzinsung bei täglichen Geldern 4 %
Verzinsung bei monatlicher Kündigung 6 %
Einzahlungen in den Warenabgabestellen und im Kontor Hansastraße 160. Näheres über die Bedingungen dortselbst.
Der Vorstand.

Beitragsmarken
für Vereine und Gewerkschaften
fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Wie **neu** werden Ihre
alten Hüte
durch Reinigen, Färben und Modernisieren.
Neue Hüte u. Mützen
besonders **preiswert.**
Erste Lübecker Spezial-Herrenhut-Reparatur-Werkstätte (8850
Hut-Ziehe
nur Wahmstr. 9.

Wertbeständige Staats-Lotterie
Ziehung 14. u. 15. Dez.
Hauptgewinn: (8866
210 000 Goldmark
Lose hierzu empfiehlt:
1/10 1/5 1/2 1/1
4,20 8,40 21,- 42,- GM.
Lotterie-Kersten
Obere Hüxstr. 8.

Pferde-, Kuh- u. Roll-Haare
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner
Dankwartsgrube 28, Holstenstraße 8. (8835
Fernsprecher 3414.

Aland
Grützwurst
Blutwurst
wieder vorrätig.

Sachen
aller Art zur
Auktion
können eingeliefert werden (8869
Alwin Pump.
Versteigerer
Dankwartsgrube 52.

Haltb. Hosenträger
Dauerwäsche
Krawatten 8300
in großer Auswahl
Seiden-Schals
Aug. Janensch,
Sandstraße 6.

Wir empfehlen:
Ia. mitteldeutsche Braunkohlen-Briketts
zum Preise von 2 Goldmark.
8846)
Meyer & Burmeister
Hundestrasse 76. Telephon 1750.

Damenkleiderstoffe
in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da **direkt** ab **sächsischer** Fabrik,
F. Spethmann, Breite Str. 3
(im Hause Arnold Berg)
8728) **Etagengeschäft.**

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Kolosseum
Morgen Mittwoch: 88[illegible]
Gr. Ball.
Kassenöffn. 5½ Uhr
Joh. und R. Mittag

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
(8853
Betriebsräte und Vertrauensleute
heute abend 7½ Uhr
bei **Lender,** Hundestr. 41.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck
(8865
Lehrlings-Versammlung
am Freitag, 7. Dezember abends 7½ Uhr,
im **Gewerkschaftshaus.**
Die Mittwochsversammlung fällt aus.
Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verband.
8855
Versammlung
am Mittwoch, 5. Dezbr. abends 7½ Uhr,
im **Gewerkschaftshaus.**

Fledermaus
8732) **8 Uhr.**

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 8887

Hansa-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Gastspiel (885[illegible]
Seewaldt-Schultze
Süße Suse

Volksbühne zu Lübeck e. V.
Sonnab.: Oper „Toska“
Beitrag 90 Pfg.
Montag: „Emilia Galotti“. Beitrag 60 Pfg.
Mitglieder, die Erhöhung wegen austreten, Kartenrückgabe bis Donnerstag, den 6. d. Mts. mittags 12 Uhr, im Sekretariat, Johsstr. 48, [illegible]
Neuanmeldungen am Mittwoch im Sekretariat. (885[illegible]

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 7,30 Uhr:
Wilhelm Tell. (885[illegible]
Donnerstag, 6,30 Uhr:
Walküre.

Lübecker Volksbote

Beilage. Dienstag, 4. Dezember 1923. Nummer 277.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 4. Dezember.

Aus der Bürgerschaft.

Der beleidigte Senat. — Wahl- und Beamtenabbaugesetz. Kommunistische Propagandareden. — Erwerbslosennot.

Die Bürgerschaft wählte in ihrer ersten Sitzung im Dezember — es ging sehr lebhaft zu — ihren bisherigen Geschäftsvorstand wieder. Nach dieser formellen Angelegenheit gab es eine Sensation, die wohl kaum ein Parlament zu verzeichnen hat: Das vollziehende Organ des Staates strengt Klage an gegen ein Parlamentsmitglied. Wegen Beleidigung des Senats resp. einzelner seiner Mitglieder will der Staatsanwalt das vorzüglichste Recht des Parlaments, den Schutz gegen ein Bürgerschaftsmitglied, aufgehoben wissen. Das ist der Auftakt zum Volksentscheid — soll wohl ein Entgelt sein für die unruhigen Stunden, die die Wahlzeit einigen Erbpächtern verursacht. Wenn nach diesem Vorbild weiter gehandelt wird, dann können wir nach der Wahl noch manches erleben.

Das Bürgerschaftswahlgesetz lag in revidierter Auflage vor. Der Ausschuß hatte es durchgearbeitet, aber noch einige Schönheitsfehler stehen lassen. So wollte die Rechte die Listenverbindung durchaus beibehalten in der Hoffnung, durch die zersplitterten Stimmen einen Sitz mehr zusammenzuschachern. Und bei der Wahl zum Volksentscheid wollte man die bereits vorhandenen Wahlkuverts zusammengebunden liegen lassen. Beide Absichten wurden durchkreuzt. Ebenso wurde der unparteiische richterliche Vorsitzende gestrichen.

Das Beamtenabbaugesetz und die Nebengesetze wurden recht scharf kritisiert. Der Senat versteifte sich auf die Anweisung des Reiches, mußte sich aber von unserem Fraktionsredner Genossen Haut doch eine Vorlesung gefallen lassen, aus der die Lehre zu ziehen ist, daß man heutzutage die berufenen Organisationen nicht so achtlos in die Ecke drücken kann. Das Gesetz ist kein schönes Weihnachtsgeschenk für Beamte und Angestellte, und es fand auch auf der rechten Seite des Hauses Anfechter genug. Die Deutschnationalen und Volksparteiler schauen allerdings mit Triefaugen auf ihre Beamtenwähler. Sie gebärden sich als möchten sie gerne und könnten nicht. Denn sie sind die Großmogulen, die ständig vom Wiederaufbau reden, der ausschließlich auf Kosten der Arbeiter, Beamten und Angestellten gehen soll. Diese Tatsache ist unbequem gerade zur Zeit, wo man die Stimmen braucht. Das fühlte auch der Torhüter Ewers, der wie alle Stresemänner von der Güte Stinnesscher Wurstfabrikate überzeugt ist. Als Schlächter der Sozialdemokratie hat Herr Ewers das Messer bereits geschärft; er feixte schon gestern im Vorgefühl des Festmahls, das nach dem Schächten des 8-Stunden-Tages besonders feierlich werden soll. Mit dem bekannten noblen Anschlag lagen die Kommunisten im Hintergrund. Heilborn hielt mit lächelnder Miene ellenlange Reden, die wie üblich in einer Beschuldigung der Sozialdemokratie ausklangen. Ein kleiner Hieb ähnlicher Art wurde auch auf demokratischer Seite versucht, vom Genossen Haut aber glatt pariert. Die Kommunisten waren gestern übrigens sehr mutig. Sie wollen der Gesellschaft den Todesstoß versetzen und sich nicht wie einstens fürchten vor Leib und Gefahr. Sie bekräftigten ihre Heldenpose mit Ausdrücken wie Burschen, Kamel, Halt die Schnauze, so daß der Wortführer wiederholt darauf aufmerksam machen mußte, daß der deutsche Sprachschatz wortreich genug sei, um auch Zungenequilibristen mit asiatischem Anschlag nicht zu beengen.

Uebrigens wehrte sich die KPD. mit Recht gegen die Unterdrückung ihrer Partei und fand damit wie in der Forderung, den Erwerbslosen schnellstens zu helfen, die selbstverständliche Unterstützung unserer Fraktion — zum Leidwesen der Richtung Ewers u. Co.

Nochmals die Dezember-Miete. Das Wohlfahrtsamt schreibt: Da die Veröffentlichungen über die Höhe der Dezember-Miete noch nicht überall verstanden sind, sei sie noch an einem Beispiel erläutert:

Friedensjahresmiete 600 Mk.
Friedensmonatsmiete 50 „
Monatsgrundmiete (80 % der Friedensmiete) 40 Papiermark
dazu Zuschläge:
1. Zuschlag für Zinserhöhung (150 % der Grundmiete) . . . . . 60 „
100 Papiermark
(Dieser Betrag ist heute bedeutungslos und daher bei der folgenden Berechnung nicht mit zu berücksichtigen.)
2. Zuschlag für Verwaltungsmühe (1 % der Grundmiete mal Goldmarkkurs) = . . . 0,40 Goldmark
3. Zuschlag für laufende Instandhaltung (15 % der Grundmiete mal Goldmarkkurs) = . 6,00 „
4. Zuschlag für große Instandsetzungskosten (4 % der Grundmiete mal Goldmarkkurs) 1,60 „
8,00 Goldmark

Das sind bei einem Goldmarkkurs von 1 000 000 000 000 . . . . . 8 000 000 000 000 Papiermark

Diese Berechnung läßt sich vereinfachen, wenn man einfach 16 % der monatlichen Friedensmiete von 50 Mk. in Gold rechnet, das ergibt gleichfalls . . . . . 8,00 Goldmark

Wird die Miete vierteljährlich gezahlt, so sind am 1. Oktober und 16. November insgesamt das 260 000 000fache der Friedensmiete für Dezember bereits vorausgezahlt.

Es sind also abzuziehen 50 mal 260 000 000 = 13 000 000 000 Papiermark,

so daß für Dezember noch nachzuzahlen sind 7 987 000 000 000 Papiermark.

Handelt es sich nicht um eine Wohnung, sondern z. B. um einen Laden in bester Geschäftslage, so tritt zu obigem Betrag noch der Höchstzuschlag für gewerbliche Benutzung, das sind 10 % des Zuschlages für laufende Instandsetzungskosten also 0,60 Goldmark oder 600 000 000 000 Papiermark.

Ist bei weniger guter Geschäftslage nur ein Prozentsatz des Höchstzuschlages zu zahlen, so ermäßigt sich die Summe entsprechend.

Wegen Landesverrats verurteilt. Vor dem Reichsgericht in Leipzig hatte sich der 19jährige Schütze Paul Kurras des 6. Reichswehr-Infanterie-Regiments zu verantworten. Er war in Lübeck mit einem Regimentskameraden flüchtig geworden. Beide wollten nach der Türkei auswandern, wurden aber in Oesterreich angehalten und nach Bayern abgeschoben. Die beiden Flüchtigen wanderten mit zwei anderen Genossen nach dem Westen und fanden in Wiesbaden Arbeit bei den Franzosen. Ein französischer Agent setzte eine hohe Belohnung für die Beschaffung von Regimentsbefehlen aus. Kurras wandte sich wieder nach Lübeck, wo er infolge seiner früheren Beziehungen Material zu bekommen hoffte. Den ersten besten Soldaten suchte er auszufragen. Dieser erstattete aber Anzeige. Kurras wurde festgenommen und nunmehr vom Reichsgericht zu 10 Jahren 9 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Kein Zuschlag mehr für Papiermarkzahlungen. Der Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine hat, wie er uns mitteilt, seine Mitglieder angewiesen, bis auf weiteres von einer Zuschlagserhebung bei Papiermarkzuschlägen abzusehen. Maßgebend sollen die „durch das Vorgehen des Einzelhandelsverbandes größtenteils gesenkten Goldpreise sein. Damit kommen die Rabattgewährungen in Fortfall. — Die Selbstbeweihräucherung des Einzelhandels bedarf einer sehr starken Einschränkung. Und dann muß dem Einzelhandel gesagt werden, daß er auf den Lorbeeren einer kleinen Preissenkung für einzelne Artikel natürlich nicht ausruhen darf. Die Einführung der Goldmark und Stabilität der Papiermark bedingt ganz andere Aderlässe an dem großen Profit, den so viele Handelsbeflissene unberechtigt in die Tasche steckten und jetzt durch künstlich erhöhte Grundpreise verewigen wollen. Also, herunter mit den Grundpreisen!

Schwurgericht.

Die zweite Schwurgerichtsperiode begann am Montag unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Oemler. Als Erster hatte sich der Handlungsgehilfe Klempau-Ravenbusch wegen Urkundenfälschung und Betrugsversuchs zu verantworten. Dem jungen Mann wurde zur Last gelegt, im März eine Fahrkarte in der Absicht gefälscht zu haben, den Eisenbahnfiskus zu betrügen. Der Angeklagte machte oft und täglich Geschäftsreisen von Lübeck über Hamburg nach Berlin. Eines Tages wies er dem Schaffner des D-Zuges eine Fahrkarte vor, auf der nach Aussage des Schaffners der Kontrollstift ausradiert und die Stempelnummer ziemlich unkenntlich gemacht worden war. Kl. wurde wiederholt aufgefordert, einen neuen Fahrschein zu lösen, da es sich um eine Karte mit früherem Datum resp. um eine schon einmal gebrauchte handle. Hinter Hagenow erst wollte der Angeklagte der Aufforderung des Schaffners willfahren, doch dieser erklärte, nun sei es zu spät, der neue Fahrschein sei ausgestellt und nun müsse er Anzeige erstatten. Der Angeklagte bestritt auch in der Verhandlung, eine Fahrkartenfälschung begangen zu haben. Um am Lehrter Bahnhof in Berlin nicht immer so lange warten zu müssen, habe er am Vortage gleich zwei Karten gekauft. Die Karte sei in der Westentasche schmutzig und der Tagesstempel verwischt worden. Er vermutet, daß die Schaffner ihm nicht gut gesinnt gewesen seien und seinesgleichen, die mit Gemüse und Fett hin- und herreisten, als Schieber betrachteten. Als Zeuge war nur der betreffende Schaffner und ein Sachverständiger geladen. Behauptung stand gegen Behauptung. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde gegen den 35jährigen Arbeiter Breede aus Süsel wegen Sittenverbrechens verhandelt. Der Angeklagte ist ein geistig minderwertiger Mensch, der sich als Kanonier im Kriege eine Schwerhörigkeit zugezogen hat. Von der Arbeit kommend versuchte er im Mai in Pansdorf ein 16jähriges Mädchen zu vergewaltigen. Zur vollendeten Tat kam es nicht. Der vorbestrafte Mann ging äußerst rigoros vor, kann sich sein Verhalten aber nicht erklären. Er wurde längere Zeit in der Heilanstalt Strecknitz auf seinen Geisteszustand untersucht, doch ist nach Aussage des Arztes die Voraussetzung für den § 51 nicht gegeben. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage wie die Frage nach mildernden Umständen. Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Heise verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis, sprach aber zugleich bei guter Führung die Begnadigung nach Verbüßung dreier Monate aus.

*

Heute, Dienstag, wird verhandelt gegen den Händler Marquitz wegen vorsätzlicher Tötung. — Am Donnerstag haben sich der Schlosser Lange und der Arbeiter Jansen wegen Landfriedensbruchs zu verantworten — Am Freitag stehen unter Anklage: Arbeiter Klaszinski wegen Anstiftung zum Meineid. — Arbeiter Karberg wegen Meineid. — Köchin Dooje wegen vorsätzlicher Tötung.

*

Die Geschworenenliste.

Lehrerin Bartels, Syndikus Cordts, Kaufmann Otto, Landmann Klünder, Zimmergeselle Jürgens, Architekt Schöß, Wasserbaudirektor Leichtweiß, Postdirektor Holzberg, Landmann Prüß-Eckhorst, Hufner Westphal-Gleschendorf, Rentner Peters-Schwartau, Schlosser Hartmann, Oberlehrerin Görmann, Kaufmann Castelli, Parteisekretär Wolfradt Malermeister Detlessen-Gnissau, Arbeiter Langer-Pansdorf, Gärtner Kühl-Cleverhof, Brauereibesitzer Lück, Fabrikant Frehrs, Redakteur Bauer, Hufner Borchert-Brodten, Direktor Oberländer, Kaufmann Bugislaw-Malente, Schornsteinfegermeister Bohn, Kaufmann Haase, Arbeiter Dencker, Kaufmann Pierstorff, Berta Lau, Direktor Dr. Hartwig.

Die Baupreis-Richtzahl für Lübeck ist nach einer uns von der Lübecker Brandkasse gewordenen Mitteilung von 1 660 Milliarden am 26. November auf 1 366 Milliarden am 3. Dezember gestiegen.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika Linie. Hamburg-Nordamerika. Nach Neuyork: D. Westphalia 6. 12., D. Bayern 8. 12, D. Mount Clay 21. 12., D. Albert Ballin 22. 12., D. Thuringia 3. 1. 1924. Nach Boston, Baltimore, Norfolk: D. Bayern 8. 12. Nach Boston, Philadelphia, Baltimore, Norfolk: D. Brasilia 29. 12. Westk.-Nordamerika: D. Montpellier 15. 12., D. Hessen 29. 12. Hamburg-Cuba-Mexiko-Westindien: D. Odenwald 8. 12., D. Toledo 22. 12., D. Amasisia 15. 12., D. Haimon 28. 12. Hamburg-Südamerika. La-Plata-Dienst: D. Wasgenwald 18. 12. D. Galicia 28. 12. Brasil-Dienst: D. Niederwald 7. 12. Hamburg-Ostasien: Engl. D. City of Glasgow 8. 12., D. Aachen 15. 12., engl. D. Pyrrhus 22. 12., D. Oldenburg 29. 12.

wb. **Stadthallen-Lichtspiele.** Das Weib auf dem Panther ist eine Liebes- und Diebesgeschichte, in der Alfred Halm den Schwank und die kriminelle Spannung zu vereinigen sucht. Die kriminalistische Note verliert durch den geschickt eingefügten Humor an Gewichtigkeit. Die aufgebauten Bezebenheiten variieren das alte Thema vom bekehrten Weiberfeind. Grete Reinwald in der Hauptrolle sah sehr hübsch und frisch aus. Ihr Partner Hermann Thimig verfügt in gleichem Maße über ausdrucksvolle Ueberzeugungskraft. Der dicke Hußer wirkt wie immer durch seine Massigkeit und Wilhelm Dirgelmann filmt famos einen südamerikanischen Globetrotter. Arnold Rieck aber macht aus einem Dummkopf eine glaubwürdige Type. Erstaunliche Erfolge einer Hundedressur bringt der zweite Hauptfilm. „Ein Kind — ein Hund". Ein Pudel erzählt in einer Hundeklinik seinen Leidensgefährten eine sensationelle Geschichte von einem kleinen Jungen, dessen Eltern, einem Chauffeur, der als Mörder seines Herrn schließlich doch der Polizei in die Hände fällt, und das Martyrium der Mutter des Kleinen, der selbst auch ganz hervorragend filmte: Ein Hund als Filmschauspieler — das ist schon eine Leistung. Zu Beginn des Spielplans wird das Märchen „Dornröschen" in einem gut geratenen Scherenschnittfilm gezeigt.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 3. Dezember.

Vor Eintritt in die Verhandlung wird die Wahl des Geschäftsvorstandes vorgenommen. Als Wortführer der Bürgerschaft wird G. Ehlers mit 65 Stimmen wiedergewählt, eine Stimme fiel auf Heilborn. Der erste Stellvertreter des Wortführers, Hermann Eschenburg, erhält 60 Stimmen, 8 sind zersplittert. Auf den 2. Stellvertreter G. Thode fallen 54 Stimmen. — Der kommunistischen Fraktion soll das Lehrerzimmer der Burgtorschule als Fraktionszimmer zur Verfügung gestellt werden. — Der Wortführer gibt ferner bekannt, daß er sich aus Anlaß des Verbots der Kommunistischen Partei verschiedentlich darum bemüht habe, die Rechte der kommunistischen Bürgerschaftsmitglieder zu schützen. Insbesondere habe er gefordert, daß beschlagnahmte Utensilien, die sie zur Ausübung ihrer Mandate brauchen, zurückgegeben werden. Leider sei dieser Versuch bisher ergebnislos gewesen. — Der Oberstaatsanwalt ersucht um Aufhebung der Immunität zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Dr. Leber, das der Senat und einzelne Mitglieder des Senats wegen Beleidigung anstrengten. — Eine dringliche Anfrage an den Senat ersucht um Auskunft, warum die Bekanntgabe der Wahlbezirke zum Volksentscheid nur im Lübecker Volksboten erschienen ist. — Der Senat führt als Antwort Ersparnisgründe an. Eine nochmalige Bekanntmachung mit der Liste der Wahlvorsteher werde in allen Zeitungen erfolgen. — Die kommunistische Fraktion stellt den dringlichen Antrag, der Senat möge sich bei der Reichsregierung sofort für Aufhebung des Verbots der kommunistischen Partei verwenden. Der Antrag wird mit einfacher Mehrheit angenommen. Ebenso ein Antrag, den Belagerungszustand sofort aufzuheben. Angenommen wird ferner ein dringlicher Antrag, den Reichswehrminister aufzufordern, die Haft der kommunistischen Mitglieder Roter und Böttcher aufzuheben. — Ein Antrag an den Senat fordert Maßnahmen gegen die fortschreitende Erwerbslosigkeit, Erhöhung der Unterstützung um mindestens das Zweifache, Ersetzung oder Zuschuß für Miete, Brennmaterial und Gas, sowie Aenderung des unhaltbaren Zustandes beim Stempeln und bei der Auszahlung der Unterstützung. Der Antrag wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien mit einfacher Mehrheit angenommen.

Erlaß eines zweiten Nachtrages zum Bürgerschaftswahlgesetz. — Klein (Dem.) gibt als Vorsitzender des Ausschusses einige Erläuterungen zu dem Gesetz und die im Ausschuß beschlossenen Aenderungen. — Heilborn (Komm.) wünscht die Prüfung der Wahl ausschließlich durch Mitglieder der Bürgerschaft. Die Einschiebung eines Richters als unparteiischen Vorsitzenden in den Wahlprüfungsausschuß bedeute nur eine Verstärkung des bürgerlichen Elementes. Einen unparteiischen Richter gebe es nicht. Die Bürgerschaft sei allein imstande, die Wahl zu prüfen. In ihren Reihen seien genügend Juristen. — Haut (Soz.) begründet einen Antrag Beck und Genossen betr. Streichung des Abs. 2 im § 7 (Umschläge für die Stimmzettel). Diese sollte man beibehalten, da sie vorhanden seien und keine besondere Kosten verursachten. Die Listenverbindung müsse beseitigt werden. Man wolle durch deren Beibehaltung der Rechten nur ev. ein Mandat mehr zuschanzen. Dem kommunistischen Antrag stimme seine Fraktion zu. — Reimpell (DN.) hält die Listenverbindung für notwendig. — Der Antrag Heilborn wird angenommen. — Mit den beschlossenen Aenderungen wird das Bürgerschaftswahlgesetz nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. — Der Antrag Haut (Soz.), wonach die Wahlzettel beim Volksentscheid in Umschläge gesteckt werden müssen, wird angenommen.

Erneuter Antrag auf Erlaß von Ruhestands- und Hinterbliebenengesetzen u. w. a. d. — Es liegt ein Antrag der Rechten vor, die Vorlage solange zurückzuziehen, bis eine reichsgesetzliche Entscheidung getroffen ist. — Haut (Soz.) beantragt Ueberweisung an den gemeinsamen Ausschuß. Er betont, die Art und Weise, wie der Beamten- und Angestelltenabbau vor sich gehen soll, berühre eigentümlich. Die Reichsregierung habe die Wünsche der Beamten, und Angestelltenorganisationen oder deren Vertreter unbeachtet gelassen und nur diktiert. Der Lübecker Senat habe sich die Sache leicht gemacht und nur einen Abklatsch von der Verordnung im Reich herausgegeben. Dem Senat hätte der Unmut der Beamten und Angestellten über diese Maßnahmen nicht verborgen bleiben dürfen. Diese hätten die Reichsregierung keinen Augenblick im Zweifel gelassen, daß sie wohl bereit seien, an dem Abbau mitzuwirken, doch dächten sie sich den Vorgang etwas anders. Das Reich könne übrigens nur allgemeine Richtlinien geben, wie der Abbau bei uns am zweckmäßigsten erfolge, müßten wir selbst wissen. Der Senat hätte etwas mehr sozialpolitisches Verständnis bezeugen und sich sagen müssen, das machen wir nicht mit. Aber er hatte dasselbe getan, was die Beamten- und Angestelltenorganisationen dem Reich zum Vorwurf machen, sie wurden nicht gehört. Den 10- oder 12Stunden-Tag will man wieder einführen, allerdings nur für die Unterbeamten. Wir erklären hier mit aller Konsequenz, daß wir am 8-Stunden-Tag nicht zu rütteln gewillt sind. Ueber alle diese Dinge muß mit den Organisationsvertretern verhandelt werden. — Senator Dr. Vermehren betont, die Verordnung des Reichs sei außerordentlich zu bedauern. Die Finanzlage erfordere aber solch schnelle Maßnahmen, um den Etat zum Stimmen zu bringen. Der Senat denke gar nicht daran, die Richtlinien des Reiches schematisch auf Lübeck zu übertragen. Der Staatsapparat würde auf diese Weise zum Stillstand kommen. Die Organisationen würden bei der Durchführung der einzelnen Bestimmungen selbstverständlich gehört. Bei der Arbeitszeitfrage werde man die Beschlüsse des Reiches abwarten müssen. Der Sparausschuß des Reichstages stehe auf dem Standpunkt, daß ein sofortiger Personalabbau unerläßlich sei und daß auch die Länder und Gemeinden diesen Abbau vornehmen müßten. Mit dem Personalabbau allein sei nichts getan, auch ein sachlicher Abbau müsse nebenhergehen. — Gehle (DN.) glaubt, dem Grundgedanken des Gesetzes müsse Recht gegeben werden, doch werden sich bei der Ausführung erhebliche Bedenken ergeben, so daß eine vorläufige Zurückziehung des Gesetzes notwendig sei. Die vorliegenden Gesetze müßten einem besonderen Ausschuß überwiesen und die Beamtenorganisationen bei der Beratung zugezogen werden. — Senator Dr. Vermehren bestätigt, daß in Preußen der Entwurf aus formellen Gründen zurückgezogen worden sei. Eine neue Verordnung werde aber in Bälde veröffentlicht. — Heilborn (Komm.) stimmt den sozialdemokratischen Anträgen zu und erklärt, seine Partei habe jahre-

lang vorausgesagt, wohin die bisher betriebene Politik führe. Statt das Wirtschaftsleben aufzubauen, baue man es jetzt ab. Nun begreife man auch, warum der Belagerungszustand verhängt wurde. Um die vorgesehenen Maßnahmen durchzuführen, sei er notwendig. Die Herrschaft des Kommißstiefels soll die Arbeiterklasse willen- und wehrlos machen, damit sie sich widerstandslos bedrücken lasse. Die sozialdemokratische Fraktion habe mit schuld an den heutigen Zuständen. Man sei schon so weit gekommen, daß der Arbeiterrat der Eisenbahner verhaftet werden sollte, weil die Eisenbahner demonstrieren. Die kommunistische Partei werde dieser Gesellschaft noch den Todesstoß versetzen. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen, weil er auf einen Zwischenruf Henks diesem „Kamel" zuruft.) Heute herrsche die nackteste Kapitalsdiktatur, ausgeübt von faschistischen Generalen. Nur die Herrschaft der Arbeiterklasse werde eine Aenderung schaffen. — Der Wortführer bittet, die Würde des Parlaments in den Debatten zu wahren und sachlich zu bleiben. — Haut (SD.) wirft dem Senatskommissar, dem die Vertretung der Beamteninteressen obliegt, Weltfremdheit vor. Wenn man die Demobilmachungsverordnung zur Sicherheit gegen willkürliche und vorzeitige Entlassungen außer Kraft setze, dann seien die Organisationen hieran doch interessiert. Dasselbe gelte auch beim Betriebrätegesetz. Man beseitige einfach Verträge über Kündigungsfristen und dazu sollen die Organisationen schweigen? Den Kriegsverletzten gebe man jetzt den Dank des Vaterlandes dadurch, daß man sie aus ihrer Stellung bringe. Die ganze Sache sei falsch aufgezogen wie so manches, was von der Reichsregierung komme. Derartige Ungereimtheiten brauche man nicht nachzumachen. Notwendig sei, vor allem Ueberflüssiges zu beseitigen und den St. Bureaukratius auszurüchern. Manches Gesetz, über das sich ein alter Amtsschimmel im Kreise drehe, könne über Bord geworfen werden. — Senator Dr. Vermehren betont, es sei selbstredend, daß die Organisationen an der Sache interessiert seien und daß sie bei der Durchführung gehört werden müßten. Lübeck sei genötigt gewesen, den Verordnungen des Reiches zu folgen. Eine schematische Durchführung der Reichsverordnung sei in den einzelnen Ländern nicht am Platze. — Neufeld (Dem.): Die Beamten sind erstaunt, daß die Reichsregierung die Verfassung ignoriert. Der Eingriff in das Privatvermögen der in den Ruhestand tretenden Beamten ist zu verurteilen. So etwas bietet man ihnen, obwohl sie jetzt nur die Hälfte des Friedensgehalts beziehen. Man hätte scharf gegen die Reichsverordnung vorgehen müssen. Das Reich hat fast doppelt so viel Beamte seit dem Kriege als früher. Das ist in Lübeck nicht der Fall. — Dietrich (Arbg.) tritt für Ausschußberatung ein. Die Beamten müßten das Mitbestimmungsrecht haben. — Frl. Koltze (DN.) sagt, die am meisten Betroffenen seien die verheirateten Lehrerinnen und Beamtinnen. Die Verordnung nehme ihnen ohne weiteres innerhalb eines Monats die Stellung. — Haut (Soz.) bemerkt Neufeld gegenüber, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Aufhebung der Verordnung beantragt habe. Von den Demokraten sei so etwas nicht zu sagen. Deren Einspruch kam viel zu spät. Wenn Sie unsern Antrag annehmen, dann handeln Sie im Interesse der Organisationen. — Grabener (Arbg.) schließt sich den Ausführungen Hauts an, daß die Beamten gehört werden müssen. — Ewers (DV.): Der Beamtenabbau geschieht um der großen Not des Volkes willen. An dieser Vorlage nehmen auch andere Kreise des Volkes Interesse. Die Debatte steht unter dem Einfluß der bevorstehenden Wahlen. — Die Vorlage wird nach dem Antrag Haut dem gemeinsamen Ausschuß überwiesen. — Die weiter dazu gestellten Ersuchen betr. Zurückziehung der Personalabbauverordnung und 8-Stunden-Tag wurden angenommen. Für das letzte Ersuchen stimmen nur zwei Bürgerliche.

Nachtrag zum Straßenbaugesetz für die innere Stadt und die Vorstädte. — Neumark beklagt sich über den schlechten Zustand der Straßen in den Außenbezirken, insbesondere nach Travemünde. Hier könnte produktive Erwerbslosenfürsorge geschaffen werden. — Senator Dr. Stooß glaubt, es liege an mangelnden Mitteln für die Herstellung der Straßen. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

Unterhaltung der Straßenpumpen usw. in den Siedlungen. — Tasbohm (Soz.) fordert Ueberweisung an den Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen. — Dieser Antrag wird angenommen.

Nachtrag zum Hundesteuergesetz. — Riechert (Soz.): Der Hundebestand hat sich um 1700 vermehrt. Man ersieht daraus, daß die Steuer zu niedrig ist. Sie muß auf den Friedenssatz gebracht werden (15 und 6 Mk.). Für den zweiten Hund soll 20 resp. 8 Mk. bezahlt werden. — Senator Mehrlein erklärt, die Hunde seien in der Stadt von 4315 auf 6050 gewachsen, zum Teil durch Einbeziehung der Landgebiete. Immerhin sei die Zahl der Hunde in der Stadt doch um 900 gewachsen. Leute mit mehr als zwei Hunden seien 114 vorhanden gegen 59 im Vorjahre. — Dietrich (Arbg.) bemängelt die Steigerung der Hundesteuer um 66 Prozent, während man den Hausbesitzern nur 16 Prozent bewilligt habe. Falls man den Forderungen der Hausbesitzer nicht willfahre, würden sie ab 1. Januar die Einziehung der Abgaben verweigern. — Henk (DN.) wendet sich gegen eine höhere als die vom Senat beantragte Hundesteuer. — Senator Dr. Vermehren: Der Senat hört vor Erlaß der Mieteverordnungen stets die Hausbesitzer und Mieter. Der Senat unterstützt alles, was zu gesunden Verhältnissen führt. — Senator Mehrlein: Die Steuer ist für 1924 gedacht, sie fließt im Landgebiet den Gemeindekassen zu. — Die Vorlage wird mit den von Riechert beantragten Aenderungen angenommen.

Abänderung des Gesetzes vom 14. März 1923, betreffend die Religionsgesellschaften im lübeckischen Staate und ihr Besteuerungsrecht. — Bruns (Soz.) kritisiert, daß immer wieder Leute mit Kirchensteuerzetteln belästigt werden, die längst aus der Kirche ausgetreten sind. — Die Vorlage wird angenommen.

Erlaß eines Nachtrages zu der Ordnung für die Baubehörde vom 7. November 1917 sowie eines siebenten Nachtrages zu dem Gesetz vom 28. Januar 1914, die Rechtsverhältnisse der Beamten betreffend. — Reisberger (Soz.) stellt hierzu zwei Abänderungsanträge. — Rosenquist (Arbg.) freut sich über den Beschluß des Ausschusses, der die Nebenbeschäftigung der Beamten mit der privaten Konkurrenz verbietet. — Die Senatsvorlage wird angenommen. Ebenso die Ersuchen Reisbergers.

Zahlung einer Rente an Fräulein Martha Rösing gegen Uebertragung ihres Grundstückes Israelsdorfer Allee 18 an den Staat. — Wird angenommen.

Zum Antrag Ziesenitz, betr. die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft erklärt Steinberg (Soz.) im Namen des Ausschusses, daß die Forderung betr. Fahrpreisermäßigung für Kinder erfüllt ist, daß aber die anderen Wünsche nicht in der vom Antragsteller gewünschten Form berücksichtigt werden könnten. Es habe sich ergeben, daß die Interessen des Staates bei der Bahn gewahrt würden. Somit sei der Antrag Ziesenitz sachlich erledigt. — Haut (Soz.) fordert endliche Erledigung des Ersuchens, die Bestimmungen über die Entschädigung der Bürgerschaftsmitglieder, die die Eisenbahn benutzen müssen.

Den Antrag Nickel (Komm.) betr. Amnestierung der wegen Teilnahme an der Demonstration gegen den Divisionsappell auf dem Burgfelde verurteilten Personen begründet Heilborn. Er erklärt, daß der größte Ruhestörer ein Monarchist gewesen sei. Henk (DN.) behauptet, der eigentliche Schuldige sei der Polizeiherr, der den Kommunistenzug genehmigt habe. — Der kommunistische Antrag wird abgelehnt. — Ein weiterer Antrag Nickel und Genossen ersucht den Senat, im Winter für die Staatsbeamten und Staatsangestellten die gleiche Dienstzeit festzusetzen wie im Sommer. — Der Antrag wird abgelehnt. Vom Senatstisch wird erklärt, es habe sich ergeben, daß die geteilte Arbeitszeit die zweckmäßigere sei. Die großen Nachteile der ungeteilten Dienstzeit könnten die Vorteile der geteilten nicht aufwiegen. — Dietrich (Arbg.) spricht für durchgehende Dienstzeit, die von den Beamten gefordert würde.

Schluß 9½ Uhr.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Mittwoch 7,30 Uhr erste Wiederholung von „Wilhelm Tell". Donnerstag 6,30 Uhr Erstaufführung: Walküre.

Hansa-Theater. Dienstag 7½ Uhr und folgende Tage „Schöne Susi" mit Gertrud Sewlat-Schultze als Gast. Das Theater ist wieder gut geheizt.

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Milchverbilligung im Landesteil Lübeck. Dem oldenburgischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der besagt: Die Gemeinden des Landesteils Lübeck sind verpflichtet, bedürftigen Gemeindeangehörigen außerhalb der Armenpflege den Bezug der für die Ernährung erforderlichen Menge Vollmilch im Wege der Milchverbilligung zu ermöglichen. Den Gemeinden werden aus der Landeskasse im Rahmen der durch den Staatshaushalt zur Verfügung gestellten Mittel 60 v. H. der sachlichen Aufwendungen erstattet. Bisher hatte man von einer gesetzlichen Regelung abgesehen, weil die Landwirtschaft erklärt hatte, im freiwilligen Verfahren unter sich die Verbilligungsaktion durchzuführen. Das Staatsministerium sagt zu der neuen Vorlage: In den ländlichen Gemeinden hat die freiwillige Durchführung der Milchverbilligung bis heute keine Schwierigkeiten gemacht. Aber in den 7 städtischen Gemeinden ist die Durchführung dadurch unmöglich geworden, daß die vom Landesverband vorgeschossenen Beträge **von den Landwirten freiwillig größtenteils nicht gezahlt werden.** Der Landesverband ist aber nicht in der Lage, Beträge vorzuschießen, die nicht binnen kurzem wieder eingehen. Am 1. September hat der Landesverband 1,4 Milliarden Mark umlegen müssen, hiervon sind nur 6000 Millionen wieder eingegangen. Ende Oktober dieses Jahres ist eine weitere Umlage in Höhe von 15 Billionen Mark ausgeschrieben, die bis zum 10. November bezahlt werden mußte. Es sind aber nur 7,5 Billionen Mark eingegangen. Das Ergebnis der beiden Umlagen zeigt, daß die bisherige Art der Milchverbilligung nicht weiter durchführbar ist. Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird behauptet, daß der Mißerfolg sehr wesentlich durch die Auffassung weiter Kreise beeinflußt sei, daß die Pflegeausschüsse in der Bewilligung der Anträge auf Milchverbilligung allzu weitherzig vorgingen, ferner, daß die Landwirtschaft nicht mehr in der Lage sei, die gesteigerten Kosten für die Milchverbilligung aufzubringen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Milchverbilligung. Nach einer im Vorjahr gehaltenen Umfrage beträgt der tägliche Bedarf etwa 200 Liter. Das macht im Monat 6000 Liter und bis zum 1. April 1924 24 000 Liter. Bei Zugrundelegung eines Milchpreises von rund 20 Pfg. je Liter werden die in Frage stehenden 24 000 Liter 4800 Goldmark kosten. Bei einer Verbilligung auf die Hälfte = 10 Pfg. und der Verteilung der Kosten im Verhältnis von 40 : 60 würden vom Landesteil 1440, abgerundet 1500 Goldmark aufzubringen sein, die aus allgemeinen Landesmitteln zu decken sein werden und durch die dem Landtag andererorts vorgeschlagenen Zuschläge zur Grundsteuer voraussichtlich eingebracht werden."

Hamburg. Der diesjährige Hamburger Dom, der sich wie in der guten alten Zeit wieder durch ganz Hamburg erstreckt und selbst mit Haases Luna-Park den Festschimmer nach Altona hinüber wirft, hat am Sonntag mit großem Erfolg angesetzt. Was Beine hatte und Groschen in der Tasche klimpern lassen konnte, machte die Domreise, vergaß einen Tag lang die Sorgen des Alltags und war fidel. Das Hauptziel der Hunderttausende war die Große Allee, wo außer Schipper & v. d. Villes riesiger Figur-8-Bahn und dem lustigen Tafelrad eine Menge von Schau- und Belustigungsbuden errichtet sind. Alle Geschäfte kamen auf ihre Rechnung, ob sie nun auf St. Pauli, dem Neuen Pferdemarkt, am Hopfenmarkt, oder in der Großen Alle ihr Domizil hatten.

Harburg. Geldfälscher. In Tostedt, Kreis Harburg, sind Hamburger Goldmark-Notgeldscheine nachgemacht worden. Als Täter ist ein Graveur aus Hamburg ermittelt worden, der sich besuchsweise in Tostedt aufgehalten hat, wo er die Platten anfertigte. Das nachgemachte Geld ist schon im Verkehr gewesen. Der Graveur, sein Logisgeber und dessen Frau sind verhaftet worden.

Oldenburg. Wertbeständige Erwerbslosenunterstützung. Auf eine Anfrage des Genossen Zimmermann im Landtag gab die Regierung bekannt, daß die Erwerbslosenunterstützung ab nächster Zahlung wertbeständig zu den gleichen Teilen wie die Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter wertbeständig gezahlt werde.

Hannover. Raubmord im Kontor. Als der Chef der Rohproduktenfirma Katzenstein & Blank am Freitag nachmittag sein im 2. Stock des Continentalhauses belegene Bureau betrat, fand er dort auf dem Sofa liegend die Leiche seines 25 Jahre alten Prokuristen Josef Strauß. Der Kopf der Leiche wies 16 Hiebe oder Messerstiche auf. Der Mörder hat anscheinend die Brieftasche des Ermordeten an sich genommen und mit den vorgefundenen Schlüsseln den Geldschrank geöffnet, in dem sich aber keine größere Summe befand. Der Mörder ist entkommen. Der ermordete Prokurist stammt aus Frankfurt a. M. und war der Ernährer seiner alten Mutter.

Gewerkschaften.

Uebergänge.

Dem schweren Uebergang im Frühherbst, von den aufgezehrten Vorräten der verflossenen Ernte zu den unbezahlbaren Erträgnissen der neuen Ernte, haben sich eine ganze Reihe weiterer „Uebergänge" angeschlossen, die für die Arbeitnehmerschaft allesamt unerfreulich und drückend sind. Zunächst der Uebergang zum Abbau der Arbeitskräfte. Die Arbeiter waren die ersten, die in die Hölle der Arbeitslosigkeit oder in die Vorhölle der Kurzarbeit verstoßen wurden. Angestellte und Beamte sollen ihnen folgen. Den „Abgebauten" bleibt in ihrer Not der schwache Trost, daß ihr Abbau nur ein unvermeidlicher Uebergang zum Wiederaufbau sei. Da das deutsche Unternehmertum für diesen Uebergang eine wesentliche Verlängerung der Arbeitszeit als unerläßlich notwendig erklärt, weil er vom Dreischichtzum Zweischichtsystem übergehen will, bleiben auch die noch voll oder kurz Beschäftigten von diesem Uebergang nicht verschont. Weniger noch als der Abbau zum Wiederaufbau ist der großen Masse der Arbeitnehmer die Logik geläufig, daß, weil nur ein Teil der Arbeiter voll beschäftigt werden kann, der andere Teil, aber zur Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit verurteilt ist, der vollbeschäftigte Teil länger als bisher arbeiten soll. Das ist eben der große Irrtum der Masse, daß sie annimmt, das Unternehmertum habe eine gewisse Verpflichtung, die Abgebauten möglichst bald wieder von der Straße in Arbeit zu bringen. Moralisch, gewiß! Doch wo der Profit beginnt, hört die Moral auf. Die Unternehmerlogik ist schon richtig. Die Produktion soll verbilligt, und deshalb sollen die Löhne scharf kalkuliert, d. h. nach besten Kräften herabgedrückt werden. Das läßt sich in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise, wo das Angebot der schaffenden Hände weit größer ist als die Nachfrage, weit leichter und nachdrücklicher bewerkstelligen als in Zeiten guter Konjunktur, in denen es an einer industriellen Reservearmee fehlt.

Dieser Uebergang zur „Verbilligung der Produktion" fällt zusammen mit dem Uebergang vom Papierlohn zum Goldlohn und dem Uebergang von wertunbeständigen zu wertbeständigen Zahlungsmitteln. Die Lohnfestsetzung in einer gedachten Goldwährung ist ein erfreulicher Uebergang; aber auch nur an und für sich. Der Papiermarklohnbetrag mit seinen Tausenden-, Millionen-, Milliarden- und Billionenziffern wird jetzt offen zugegeben. Irgendwelche Rückschlüsse sind aus dieser Offenheit, zumal augenblicklich, nicht mehr zu befürchten. Uns scheint, sie wird sogar etwas übertrieben, um auf den Uebergang der Umrechnung in reelle Goldpfennig- und Marklöhne vorzubereiten, die „natürlich" nicht so hoch sein können als die Friedenslöhne. Wohl sind die Friedenspreise der Lebensmittel um etliche 100 Proz. heute noch höher, allein die Friedensparität ist gesunken. Das bringt die Uebergänge so mit sich! Erfreulich, wie gesagt, immerhin, die Nullenziffern blenden nicht mehr und der Pfennig kommt wieder zur Geltung. Wir gewinnen Klarheit.

Einstweilen werden freilich auch die Goldmarklöhne noch in Papierbillionen und -milliarden gezahlt. Da sich der geschäftstüchtige Handel aber nicht mehr mit Goldpreisen in Havenstein- und Oeser-Zetteln begnügt, vielmehr wertbeständige Zahlung fordert, in Dollarschatzanweisungen, eventuell auch in Rentenmark, hat auch dieser Uebergang für die Arbeitnehmer einige Unannehmlichkeiten. Doch das wird nur einige Wochen dauern, dann wir erst allesamt Lohn oder Gehalt wertbeständig in Rentenmark und Hartgeldpfenigen bekommen.

Kurzum, diese ganze Uebergangsperiode, in der wir leben und die sich politisch etwas mehr nach rechts zu orientieren scheint, bringt so allerlei Unbequemlichkeiten für uns im Gefolge. Was ist dagegen zu tun? Da sich auch ein gewisser Uebergang zum Indifferentismus und gar zur „werksfriedlichen" und „vaterländischen" Gesinnung bemerkbar gemacht hat, bleib uns nur übrig, wieder mehr zu unseren Gewerkschaften überzugehen. Daß diese Schlußfolgerung etwas trocken und nüchtern erscheint, liegt eben an den Uebergängen. Nichtsdestoweniger halten wir diesen Schluß für richtig und notwendig. Die Gewerkschaften aber halten wir für uns noch wertbeständiger als die Rentenmark.

Die Vergiftung des deutschen Volkes durch die Lesebücher.

Von Studienrat Dr. Erich Witte, Stadtverordneten der Stadt Berlin.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung sang kürzlich ein deutschnationaler Stadtverordneter ein Loblied auf die alten Lesebücher. Ich stimme ihm bei und berufe mich auf die unter dem obigen Titel kürzlich erschienene Broschüre von Prof. Dr. H. Warncke (Selbstverlag. Natzungen bei Borgholz i. Westfalen. 1923). Dieser weist überzeugend nach, daß die alten Lesebücher in die Zeit führten, wo man in Deutschland noch die Blut- und Eisenpolitik verurteilte, wo man gemeinsam mit andern Völkern dachte und fühlte und dem gemeinsamen Fortschritt diente; wo unser Vaterland aufrechte Männer besaß, welche den Fürsten zwar ihren Gehorsam und ihre Dienste schenkten, aber nicht ihr Gewissen, ihren Geschmack, ihren Witz und ihren Verstand. Das wäre anders geworden mit dem Auftreten Bismarcks, mit dem ein neues Mittelalter begonnen hätte. Durch die neuen Lesebücher sei dann allmählich die Seele der deutschen Jugend vergiftet worden. Denn sie bargen ein mehrfaches Gift: Das Gift der sittlichen Anarchie, das Gift des nationalen Hochmuts, das Gift der Kriegsverherrlichung und das Gift des Franzosenhasses.

Prof. Wernecke hat sich die Aufgabe gestellt, Lesebücher in dem alten Geist, dem Geiste von Weimar herauszugeben. Bis jetzt sind über 20 Bände und Bändchen erschienen (ebenfalls im Selbstverlag). In einer Beziehung unterscheiden sich seine Lesebücher natürlich von den vor 70—100 Jahren im monarchischen Deutschland gebrauchten. Sie enthalten Lesestücke und Gedichte, durch die die Schüler für die Republik gewonnen werden sollen. In dem Lesebuch „Phöbus" steht z. B. das von ihm selbst verfaßte „Neue Lied der Deutschen", das mit den Versen schließt:

Vorwärts, Brüder, schließt die Reihen,
Schaut nicht auf die Schmach zurück;
Zu den neuen Idealen
Hebt begeistert Euren Blick:
Ueber Deutschland weht das Banner
Einer freien Republik,
Und der ganzen Menschheit strahlet
Eines Völkerbundes Glück.

Herr Dr. Boelitz hat kürzlich in einer Bekanntmachung ein Buch über das Deutschtum im Ausland empfohlen. Ebensosehr wie die Deutschen im Auslande müssen ihm als preußischem Kultusminister die deutschen Schüler in Preußen am Herzen liegen. Denn sie sollen für den großen Gedanken gewonnen werden, zu denen sich das deutsche Volk nach den furchtbaren Erfahrungen des Weltkrieges durchgerungen hat und die es durch seine Volksvertreter in den 181 Artikeln der Reichsverfassung niedergelegt hat. Wird er sich entschließen, auch die Lesebücher Werneckes zu empfehlen?

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 3. Dezember. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die Stimmung der heutigen Börse war ruhig. Preise waren leicht nachgebend bei schwacher Kauflust. Preise in Rentenmark per Zentner: Weizen 9,65—9,90, Roggen 9,00—9,25, Hafer 8,20—8,50, Gerste 10,00—10,30 (ab inländischer Station), ausländ. Gerste 10,50—11,00, Mais 11,50—11,75 (frei Kaiwaggon), Oelkuchen: Geschäft still, Forderungen unverändert, Tendenz: Abwartend.

Kleinhandelspreisnotierungen des Hamburger Fouragehandels. Hamburg, 3. Dezember. Hafer 14000, Mischfutter 12000, Häcksel 6000, Wiesenheu, gebündelt 9000, Timothy- und Kleeheu, gebündelt 10500, Preßstroh 6000. (Alles per Zentner in Milliarden Mark.)

Heu und Stroh. Hamburg, 3. Dezember. Im Großhandel stellt sich der Preis für Wiesenheu, lose 2,50, Goldmark, Wiesenheu, gepreßt 3,50 Goldmark, Getreidestroh, gebündelt 1,50 Goldmark, Getreidestroh, gepreßt 1,80 Goldmark, alles je Zentner frei Waggon, inl. Verladestation, exkl. Werkenmiete. Tendenz: Ruhig.

Futtermittel. Hamburg, 3. Dezember. Mais loko in Papiermark 12—14 Billionen; Reisfuttermehl (24proz.), Dezbr.-Februar 1,50 Dollar; Palmkuchen, Januar-Februar 7,00—7,25 holl. Gulden; Inlandsweizenkleie, loko, in Dollar-Goldanleihe 1,05, in Papiermark 3,5—4 Billionen. Tendenz weiter abgeschwächt durch den Mangel an Zahlungsmitteln.

Butter- und Milchpreise unverändert. Da am gestrigen Montag der Großhandelsabrechnungspreis für Butter wie in der Vorwoche mit 1,70 Goldmark notiert worden ist, konnte auch der Ladenpreis für Butter und Milch unverändert bleiben.

PELZE
Garnituren f. Damen, Backfische, Kinder
Elegante Pelzjacken u. Mäntel in größter Auswahl. — Herren-Gehpelze fertig und nach Maß. — Fellvorlagen, Fußsäcke. — Ein Restposten Pelzhüte, besonders billig.
Zwanglose Besichtigung erbeten.
Pelzhaus Friedrich Zimmermann, Königstr. 24 Ecke Pfaffenstr.
Ankauf von Roh-Fellen.